



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Ernährung und
Landwirtschaft

Wortprotokoll der 56. Sitzung

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Berlin, den 29. Juni 2020, 13:00 Uhr
10117 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1,
Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: PLH E.700

Vorsitz: Alois Gerig, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

zum

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Lebensmittelverschwendung stoppen

BT-Drucksache 19/14358

Federführend:

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Mitberatend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung
und Kommunen

Berichterstatter/in:

Abg. Katharina Landgraf [CDU/CSU]
Abg. Ursula Schulte [SPD]
Abg. Franziska Gminder [AfD]
Abg. Nicole Bauer [FDP]
Abg. Amira Mohamed Ali [DIE LINKE.]
Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]



Hinweise:

Die öffentliche Anhörung wird im Internet live übertragen und zeitversetzt im Internet (Mediathek) abrufbar sein.

Für die öffentliche Anhörung ist eine Anmeldung externer Besucher und von Pressevertretern aufgrund der Coronavirus-Pandemie nicht möglich.

Wegen der Beachtung der Abstandsregeln aufgrund der Coronavirus-Pandemie im Sitzungssaal sind die Fraktionen unter Wahrung der Beschlussfähigkeit des Ausschusses (§ 126 a Abs. 2 GO-BT) gebeten, in einer reduzierten Zahl der Ausschussmitglieder zu erscheinen.

Die Vertreter/innen der Bundesländer sind gebeten, die öffentliche Anhörung im Internet zu verfolgen.

Pro Fraktion soll nur bis zu ein/e Referent/in Zutritt zum Sitzungssaal erhalten.

Die Anwesenheit persönlicher Mitarbeiter/innen ist im Sitzungssaal nicht möglich.

Alois Gerig, MdB
Vorsitzender



Liste der Sachverständigen

Öffentliche Anhörung am Montag, dem 29. Juni 2020,
13:00 bis ca. 15:00 Uhr,
im Paul-Löbe-Haus (PLH),
Sitzungssaal PLH E.700

Stand: 16. Juni 2020

Einzel-sachverständige:

Herr Stefan Kreuzberger

Frau Franziska Lienert

Herr Dr. Thomas Schmidt

Frau Evelin Schulz

Frau Joyce-Ann Syhre

Verbandssachverständige:

Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels e. V. (BVLH)

Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen

WWF Deutschland



Mitglieder des Ausschusses
(Soweit im Sitzungssaal anwesend)

CDU/CSU	Auernhammer, Artur Färber, Hermann Gerig, Alois Landgraf, Katharina Stier, Dieter Vries, Kees de	Pahlmann, Ingrid
SPD	Schulte, Ursula Spiering, Rainer	
AfD	Gminder, Franziska	
FDP	Bauer, Nicole	
DIE LINKE.	Tackmann, Dr. Kirsten	
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Künast, Renate	



Der **Vorsitzende**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wenn noch nicht alle Kolleginnen und Kollegen der einzelnen Fraktionen anwesend sind, so wollen wir doch pünktlich starten, weil wir ein ziemlich starres Zeitkorsett haben. Zu unserer öffentliche Anhörung zum Antrag „Lebensmittelverschwendung stoppen“ (BT-Drs. 19/14358) darf ich Sie herzlich begrüßen. Diese Anhörung geht auf einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurück. Die Problematik der Lebensmittelverschwendung und die Frage nach dem Umgang mit Lebensmittelabfällen gehören natürlich seit langem zu dem umfangreichen Themenspektrum, mit dem sich unser Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft im Deutschen Bundestag auseinandersetzt. Dabei stehen Problemstellungen, wie eine Verschwendung von Ressourcen, die Belastung der Umwelt sowie ökologische und soziale Auswirkungen bis hin zum Hunger in der Welt in unserer Diskussion. Niedrige Lebensmittelpreise und eine hohe Verfügbarkeit sind dabei in Deutschland sicher in Zusammenhang zu bringen, aber sicherlich nicht oder nur ein Teil dieses Problems. Die Bundesregierung hat sich zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung bereits auf eine Halbierung der Lebensmittelverluste bis zum Jahr 2030 verpflichtet. Uneinigkeit besteht darin, wie dieses Ziel am besten erreicht werden kann. Unser Ausschuss hat am 4. März (2020) entschieden, eine öffentliche Anhörung zu diesem Antrag durchzuführen, die bedingt durch den Ausbruch von Covid-19 in Deutschland auf den heutigen Tag verschoben werden musste. Wir möchten heute mit den von den Fraktionen benannten Sachverständigen über den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen und uns ein vertiefendes Bild verschaffen. Deshalb darf ich zunächst die Sachverständigen begrüßen, die für die heutige öffentliche Anhörung eingeladen worden sind. Ich danke Ihnen, dass Sie heute persönlich hier anwesend sein können. Als Einzelsachverständige begrüße ich Sie sehr herzlich Sie, Herrn Stefan Kreutzberger, ich begrüße die Frau Franziska Lienert, den Herrn Dr. Thomas Schmidt, die Frau Evelin Schulz, die Frau Joyce-Ann Syhre. Sie beiden mussten wir jetzt natürlich auch hygieneabstandsbedingt etwas nach hinten versetzen, Sie sind uns aber genauso wichtig. Als Verbands-sachverständige begrüße ich vom Bundesverband des (Deutschen) Lebensmittelhandels e. V. (BVLH) Herrn Christian Böttcher, von der Verbraucherzent-

rale Nordrhein-Westfalen (Vz NRW) den Herrn Frank Waskow und von WWF Deutschland (WWF) die Frau Tanja Dräger de Teran. Seien Sie alle herzlich willkommen. Wir haben es den eingeladenen Sachverständigen anheimgestellt, eine schriftliche Stellungnahme einzureichen. Sie haben alle davon Gebrauch gemacht. Dafür sage ich Danke. Diese Stellungnahmen sind auf der Internetpräsenz unseres Ausschusses veröffentlicht worden. Ich begrüße zu meiner Rechten den Vertreter der Bundesregierung, Herrn Parlamentarischen Staatssekretär (PSt) Hans-Joachim Fuchtel, sehr herzlich.

Kurz zum Verfahren. Wir haben vereinbart, dass nach dieser Begrüßung die acht Sachverständigen jeweils die Gelegenheit für ein kurzes Eingangsstatement - bis zu maximal drei Minuten - erhalten. Da bitte ich auch, dass Sie die Zeit einhalten, bevor wir in die Frage-/Antwortunden einsteigen. Wir haben uns darauf verständigt, dass wir die Frage- und Antwortzeiten jeweils in fünf Minuten-Blöcke im Anschluss an Ihre Statements vornehmen werden. Diese öffentliche Anhörung wird ab ca. 13:30 Uhr im Kanal 2 des Parlamentsfernsehens ausgestrahlt. Sie ist anschließend auch in der Mediathek abrufbar. Auf eine Anmeldung externer Besucher und von Pressevertretern müssen wir auch aufgrund der Coronavirus-Pandemie hier verzichten. Wenn es jetzt keinen Widerspruch mehr gibt, das kann ich nicht erkennen, dann starten wir in die Eingangsstatements und wir beginnen in der Reihenfolge, wie ich Sie aufgerufen habe, und erteile Ihnen, Herr Kreutzberger, zunächst das Wort.

Stefan Kreutzberger: Vielen Dank für die Einladung. Ich freue mich, hier heute wieder sein zu dürfen. Vor acht Jahren hatte ich schon die Ehre, zum gleichen Thema sprechen zu dürfen. Und ich bin etwas traurig, dass ich jetzt wieder da sein muss, weil in diesen acht Jahren hat sich meines Erachtens nicht viel bewegt. Einiges hat sich bewegt, aber die Kernpunkte, die damals von dem fraktionell übergreifenden Antrag formuliert worden sind, sind leider verschoben worden. Sechs Jahre sind ins Land gegangen, wo hätte viel mehr passieren müssen. Nichtsdestotrotz begrüße ich den Antrag der GRÜNEN, der meines Erachtens die Diskussion und die Problematik gut zusammenfasst und richtige Forderungen stellt. Wichtig ist mir dabei, zu beachten, dass diese Lieferkette, die wir vom Anfang bis zum Ende betrachten, eben nicht gleichgewichtig verteilt wird (ist). Die *Player*



da drin sind voneinander abhängig. Und meines Erachtens ist der Lebensmittelhandel eine entscheidende Größe in dieser Lieferkette, müsste besonders betrachtet werden. Und in diesem Zusammenhang ist es mir wichtig, festzuhalten, dass der Lebensmittelhandel sehr wohl bereit ist, überproduzierte Lebensmittel zu spenden. Er macht es im großen Stil mit den Tafeln, aber auch mit dem Verein *Foodsharing*, mit Lebensmittelrettern. Es gibt aber rechtliche Hürden, sowohl für den Lebensmittelhandel wie auch für die Lebensmittelretter, die teilweise in einer rechtlichen Grauzone agieren, die dadurch bedingt ist, dass nicht klar ist, wie die Haftung verteilt ist. Viele Betriebe denken, sie müssten dann doch dafür aufkommen, wenn in einem *Fair-Teiler* (schlechte) Lebensmittel vielleicht (schlecht) abgelagert worden sind. Das geht so nicht weiter. Wir brauchen rechtliche Grundlagen, wie z. B. in Italien der „Gute Samariter-Akt“, dass die Haftungsfreistellung da ist. Und darüber hinaus ist es wichtig, dass die Lebensmittelretter nicht gleichgestellt werden wie ein Lebensmittelunternehmen. Sie sind kein Lebensmittelunternehmen. Sie haben andere Möglichkeiten und andere Pflichten. Das ist klar. Und sie müssen auch anders, einfacher behandelt werden. Was auch dahin reicht, dass *Containern* wieder legalisiert werden sollte bzw. nicht kriminalisiert werden sollte. Ein wichtiger Punkt. Alles Sachen, die in den letzten Jahren von verschiedenen Fraktionen auch in Anträgen formuliert wurden, aber bis heute nicht umgesetzt wurden. Also gehen Sie bitte offener und toleranter mit Lebensmittelrettern um und ermöglichen Sie rechtliche Möglichkeiten, dass der Handel tatsächlich mehr machen kann und darf mit den Spenden der Lebensmittel. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Kreutzberger, auch dass Sie die Zeit eingehalten haben. Herr Kreutzberger ist Diplom-Politologe, Journalist und Autor. Damit kommen wir zur Frau Lienert von Too Good To Go GmbH.

Franziska Lienert: Hallo und vielen Dank auch für die Möglichkeit, hier zu sprechen. Als europaweit führendes Unternehmen zur Lebensmittelrettung hat es sich Too Good To Go zur Mission gemacht, eine Welt ohne Lebensmittelverschwendung zu schaffen. Durch die gleichnamige *App* können gastronomische Betriebe und der Handel überschüssig produziertes Essen zu vergünstigten Preisen an

Privatpersonen anbieten. Wir beobachten bei unseren Partnern, dass Freiwilligkeit im Kampf gegen Lebensmittelverschwendung u. a. besonders dann funktioniert, wenn damit neben der Wertschätzung für das Essen weitere Anreize verbunden sind. Bei uns z. B., dass die Läden eine kleine finanzielle Entschädigung bekommen, neue Kunden sie über die *App* kennenlernen und sie ihr nachhaltiges Engagement öffentlich zeigen können. So konnten wir in Deutschland bereits über vier Millionen (Mio.) Mahlzeiten retten. Trotzdem sehen wir in der Praxis, dass die bestehenden Systeme, freiwillige Maßnahmen, unsere mit eingeschlossen, und ein reger Austausch alleine das Problem nicht schnell genug und flächendeckend beheben können. Das oberste Ziel sollte grundsätzlich sein, dass erst gar keine Lebensmittelüberproduktion entsteht. Wo Überproduktion sich nicht vermeiden lässt, müssen für alle *Stakeholder* entlang der gesamten Wertschöpfungskette Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Abgabe von Lebensmitteln in jedem Fall zur besseren Option wird als verzehrfähiges Essen wegzuerwerfen. Gleichzeitig würden konkrete und verbindliche Reduktionsziele dabei helfen, das Thema auf alle Ebenen greifbar herunter zu brechen und nicht nur zu erkennen, sondern, wie notwendig, zu priorisieren. Obwohl wir seit 2016 rasant wachsen und mittlerweile in 14 Ländern Europas tätig sind, zeigen unsere drei Prozent Marktanteil im Bereich Handel und Gastronomie in Deutschland, dass es noch sehr viel Potenzial gibt. Erfahrungen unserer Kolleg/inn/en aus Frankreich und Italien zeigen, dass gesetzliche Vorgaben das Bewusstsein für den dringenden Handlungsbedarf steigern und große Offenheit für Konzepte zur Lebensmittelrettung schaffen. So wurde auch von zur Tafel vergleichbaren Wohltätigkeitsorganisationen der enorme Zuwachs an Spenden sehr positiv aufgenommen. Bei der Ausarbeitung solcher Gesetze müssen nationale Strukturen berücksichtigt werden und auf die Umsetzungsbedarfe der Tafeln eingegangen werden. Sollten hierzulande die Mengen der Lebensmittel die Kapazitäten der Tafeln aus logistischen oder hygienischen Gründen überschreiten, kann das Netzwerk an lebensmittelrettenden Unternehmen und Organisationen sich wie bisher gegenseitig ergänzen, sodass nichts mehr verschwendet werden muss. Deswegen halten wir ein Gesetz zur verpflichtenden Weitergabe von Lebensmitteln für sinnvoll. Im Bereich Bildung und Verbraucher/in-



nen-Aufklärung machen wir ähnliche Beobachtungen. Obwohl wir viel Aufklärungsarbeit leisten, erreicht diese zum Teil nur unsere *Community*, die sich bereits für Lebensmittelverschwendung interessiert. Eine flächendeckende Verankerung in den Bildungsplänen und regelmäßige deutschlandweite Aufklärung würde Menschen außerhalb der Filterblase erreichen. Alles in allem gilt, nur wenn wir alle an einem Strang ziehen, schaffen wir es, diese Herausforderung noch rechtzeitig bis 2030 zu meistern. Dankeschön.

Der **Vorsitzende**: Danke Frau Lienert. Herr Dr. Schmidt vom Johann Heinrich von Thünen-Institut.

Dr. Thomas Schmidt: Schönen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Staatssekretär. Die Lebensmittelverschwendung ist eine Folge von unzureichender Abstimmung zwischen Angebot und Bedarf. Sie drückt sich z. B. in der Primärproduktion dadurch aus, dass mit Sicherheitsmargen gearbeitet wird, um die Nachfrage jederzeit bedienen zu können. Im privaten Haushalt wird eine bestimmte Menge Lebensmittel gekauft und gekocht, damit alle satt werden. D. h., man sucht ein Optimum zwischen Aufwand und Sicherheit. Dies kann durch geeignete Maßnahmen unterstützt werden. Die Fragen sind: Welche Maßnahmen sind die nachhaltigsten? Warum werden sie nicht oder nur wenig umgesetzt und was müsste geändert werden? Es geht dabei z. B. um Aufklärungskampagnen für eine höhere Wertschätzung von Lebensmitteln oder um Verwertung bereits abgeschriebener Ware, auch um Aus- und Weiterbildung in Schulen und von Fachkräften. Eine einfache und sehr nachhaltige Maßnahme ist: messen und beraten, z. B. in Einrichtungen der öffentlichen Hand, wie Kantinen, von Kindertagesstätten, Schulen, in der Verwaltung und in den Ministerien. Um für die Maßnahmen Prioritäten setzen zu können, sollte man einerseits die Schwerpunkte der Lebensmittelverschwendung kennen und andererseits die nachhaltigsten Maßnahmen. Schwerpunkte sind einfach zu benennen. Lebensmittelabfälle fallen etwa zur Hälfte in privaten Haushalten an und jeweils ca. zu einem Sechstel in Primärproduktion, Verarbeitung, außer Haus-Verpflegung. Mit Abstand am wenigsten Abfälle sind im Handelssektor zu verzeichnen, aber:

er hat große Auswirkungen sowohl auf die Produktion als auch auf den Konsum. Was wir noch nicht wissen, sind die Trends der Abfallzahlen in den einzelnen Branchen und insgesamt. Nach der Schwerpunktsetzung folgt die Maßnahmenauswahl. Die Maßnahmen müssen effektiv und effizient sein, soziale Aspekte spielen ebenfalls eine Rolle. Aus meiner Erfahrung gibt es nur sehr wenige Maßnahmen, die bisher gründlich bewertet wurden. Daher empfehle ich eine Nachhaltigkeitsbewertung aller staatlichen Maßnahmen, unabhängig davon, ob sie durch ordnungsrechtliche Vorgaben, hauptsächlich von privater Seite getragen werden oder durch staatliche Förderprogramme. Also eine Entscheidungsgrundlage, die a) Kostenwirksamkeit, b) Umwelt- und Klimaschutz und c) soweit möglich auch soziale Aspekte berücksichtigt. Begleitet durch eine gründliche Trendanalyse, die sowohl auf Ebene einzelner Akteure als auch auf nationaler, teilssektoraler Ebene fundierte Aussagen zulässt. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Herr (Dr.) Schmidt, Sie müssten Ihr Mikro(fon) noch ausschalten bitte und dann kommen wir zur Frau Schulz als Geschäftsführerin von Tafel Deutschland e. V..

Evelin Schulz: Vielen Dank für die Einladung und auch vielen Dank für die Diskussion zum Thema Lebensmittelverschwendung sowie den Antrag der Grünen zu diesem Thema. Die Tafeln sind seit 27 Jahren in diesem Bereich tätig. Es gibt 948 Tafeln bundesweit, 2 000 Ausgabestellen, 60 000 Ehrenamtliche, die sich täglich engagieren. Und wir sammeln jährlich 265 000 Tonnen (t) Lebensmittel ein, die wir dann an Bedürftige weitergeben und erreichen damit zurzeit 1,65 Mio. Menschen, die mit Lebensmitteln unterstützt werden. Wir finden dieses hier diskutierte Gesetz zu kurz gegriffen. Die Tafeln arbeiten seit 27 Jahren mit dem Handel in Deutschland zusammen. Und wenn man den Blick ins Ausland vornimmt, muss der auch umfangreich geschehen, indem man sich auch anschaut, wie ist die Struktur und wie sind die Finanzierungsmodelle im Ausland. Es ist in Frankreich anders als in Deutschland. Hier arbeiten wir mit allen Handelsunternehmen zusammen und wir beziehen die Waren ja auch hauptsächlich vom Handel. Also die örtlichen Tafeln sammeln bei den Supermärkten ein. Jetzt in der Corona-Krise ist auch deutlich geworden, wo die Potenziale tatsächlich noch liegen.



Denn das ist nicht nur beim Handel - da kann man noch wirken, indem man auf eine gerechtere Verteilung hinwirkt. Das zeigen ja die Zahlen vom Thünen-Institut, dass dort die Ressourcen noch geringer sind als z. B. bei den Produzenten. Und die Lebensmittelbanken in Frankreich arbeiten hauptsächlich mit den Herstellern zusammen und sind auch langjährig schon vom Staat finanziert und können dort auch mit größeren Verteilerzentren, mit hauptamtlichen Koordinatoren usw., diese Spenden an soziale Einrichtungen verteilen. Wir wünschen uns, dass durch diese Diskussion jetzt der Fokus auf die gesamte Wertschöpfungskette gelegt wird und dass für die Tafeln auch diese Ressourcen bei den Herstellern freigemacht werden. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Frau Schulz, bitte das Mikro(fon) noch ausmachen. Vielen Dank. Dann wechseln wir zur Frau Syhre. Sie ist Projektmanagerin Naturschutz bei Deutsche Umwelthilfe e. V.. Bitteschön.

Joyce-Ann Syhre: Ja, auch meinerseits vielen Dank für die Einladung. Ich würde gern mit einer Frage beginnen. Wie schaffen wir es, mehr Lebensmittel weltweit zur Verfügung zu haben, ohne dabei mehr Ressourcen zu verbrauchen und das Klima und die Umwelt zu belasten? Die Frage ist eigentlich ganz einfach: keine Lebensmittel mehr verschwenden! Und genau deshalb ist es ebenso wichtig, dass politisch dieses Thema entschieden angegangen wird und auch deshalb unterstütze ich in meiner Funktion den Antrag der GRÜNEN. Wenn man in die Vergangenheit schaut, in die letzten Jahre, wird klar, dass die Entschiedenheit in politischer Hinsicht bisher gefehlt hat. Seit der Veröffentlichung der Nationalen Strategie zur Reduktion der Lebensmittelverschwendung haben nur zwei von fünf geplanten sektorbezogenen Dialogforen ihre Arbeit aufgenommen. Meiner Meinung nach sieht schnelles Handeln anders aus. Wenn man sich die Umsetzung in den Dialogforen anschaut, wird auch klar, dass ein alleiniger Ansatz, der auf Freiwilligkeit und Dialog basiert, eben nicht ausreicht, um das erklärte Ziel, also das SDG 12.3, bis 2030 zu erreichen. Vielmehr braucht es einen politischen Rahmen, der entschieden das Thema angeht, und für mich im Wesentlichen drei Punkte umfasst. Wir brauchen erstens verbindliche Dokumentationen

und verbindliche Reduktionsziele und damit verbunden auch Sanktionsmechanismen, wenn diese Ziele eben nicht eingehalten werden. Freiwillige Branchenvereinbarungen, wie sie derzeit in den Dialogforen verfolgt werden, reichen nicht aus, um diese umzusetzen. Wir haben ja (nur) noch zehn Jahre und außerdem brauchen wir auch repräsentative Daten. Das spiegelt uns die Wissenschaft auch wieder, um eben Ursachen für die Lebensmittelverschwendung zu identifizieren und auch erfolgreiche Maßnahmen zu identifizieren. Genau, diese Dokumentation von allen Akteuren bekommen wir nur über verpflichtende Dokumentation. Zweitens, wir brauchen ordnungspolitische Instrumente, um Lebensmittelverschwendung an erster Stelle zu vermeiden. Da gibt es einmal neue Instrumente, die wir einführen können, wie den im Antrag erwähnten Wegwerfstopp für den Handel. Den Wegwerfstopp dürfen wir aber nicht allein auf Handelsebene betrachten, sondern müssen natürlich auch alle anderen Akteure mit in den Blick nehmen. Also ein Wegwerfstopp für die anderen Stufen der Wertschöpfungskette. Wir können aber auch bestehende Instrumente, die wir schon zur Verfügung haben, nutzen. Da zu erwähnen wäre einmal die UTP-Richtlinie beispielsweise, die sich die Schnittstelle zwischen Handel und der Produktion anschaut und da für faire Bedingungen sorgt, aber eben auch Lebensmittelverschwendung vermindern kann. Und drittens, wir brauchen einen rechts- und verbrauchersicheren Rahmen für die Weitergabe von Lebensmitteln, denn die Praxis zeigt, dass bei der Weitergabe rechtliche Unsicherheiten bestehen, sowohl für die spendenden Unternehmen als auch für die Lebensmittelretter/innen. Da zu erwähnen wäre einmal der Abbau von den Haftungsrisiken, der politisch angegangen werden sollte. Da gibt es auch Beispiele im EU-Ausland, an denen man sich orientieren kann. Und die Überprüfung des Mindesthaltbarkeitsdatums (MHD). Ganz zum Ende würde ich noch gerne sagen, dass, wenn wir Lebensmittelverschwendung stoppen wollen, wir müssen Ursachen bekämpfen (müssen) und nicht nur allein die Symptome. Lebensmittelverschwendung ist ein systemimmanentes Problem unseres Ernährungssystems. Und deshalb brauchen wir eben auch verschiedene politische Schrauben, die wir angehen müssen. Z. B. auch in der Agrarpolitik muss ein Ernährungssystem gefördert werden, das regionaler ist. Wir müssen Ernährungsbildung fördern und wir brauchen eine Bewertung



von Lebensmitteln, die über den Preis hinausgeht. Dankeschön.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Wenn Sie jetzt noch kurz Ihr Mikro(fon) bitte ausschalten, dann wechseln wir zum Herrn Böttcher vom BVLH, bitte schön.

Christian Böttcher (BVLH): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten. Die Verringerung von Lebensmittelverlusten hat für die Handelsunternehmen einen hohen Stellenwert. Händler, die ihre Abschriften reduzieren, tragen auf diese Weise zum Umweltschutz, zur Stärkung der Lebensmittelwertschätzung, aber, und das muss auch gesagt werden, natürlich zur Verbesserung des Betriebsergebnisses bei. Wichtigstes Instrument, Lebensmittelverluste im Handel gering zu halten, ist die effiziente Warenbedarfsplanung. Das gilt besonders für frische Produkte. Wird zu viel bestellt, steigt das Verderbrisiko, fällt die Bestellung zu gering aus, kann das zu Umsatzverlust, aber auch zu rückläufiger Kundenbindung führen im Handel. Es geht in erster Linie also darum, die Treffsicherheit unserer Prognosen zu erhöhen. Dabei setzen die Handelsunternehmen in letzter Zeit vermehrt auf selbstlernende Algorithmen. Solche KI-basierten Anwendungen ersetzen bzw. ergänzen zunehmend traditionelle Planungssysteme in den Warenwirtschaftssystemen des Lebensmitteleinzelhandels (LEH). Bei bis zu mehreren 10 000 Lebensmittelartikeln pro Geschäft können KI-basierte Warenwirtschaftssysteme die Treffsicherheit der Warenbedarfsplanung zwar verbessern, aber auch sie werden auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, Lebensmittelverluste auf null zu senken. Daher ist der preisreduzierte Verkauf von Frischeprodukten mit kurzem MHD, von frischem Obst und Gemüse, aber auch von Brot und Backwaren, vor allem gegen Ladenschluss, eine wichtige Maßnahme des Lebensmittelhandels, Abschriften zu minimieren. Und dennoch, das muss man auch sagen, bleiben qualitativ einwandfreie Nahrungsmittel am Ende des Tages übrig. Aus diesem Grund spendet der Lebensmittelhandel flächendeckend bereits seit vielen Jahren verzehrfertige Produkte an die Tafeln und andere karitative Einrichtungen. Neben der Reduzierung im eigenen Verantwortungsbereich wirken die Handelsunternehmen aber auch gegenüber ihren Kunden auf einen bedarfsgerechten und ressourcenschonenden Umgang mit

Lebensmitteln hin. Die Kommunikationsmaßnahmen des Lebensmittelhandels zielen dabei z. B. auf Aufklärung, das MHD ist hier z. B. zu nennen, zum anderen werden Tipps zur Warenkunde, zur Bevorratung, zur Lagerung, aber auch zur Verwendung von Lebensmitteln in der heimischen Küche gegeben. Bedarfsgerechter Einkauf, korrekte Lagerhaltung und der richtige Umgang mit Lebensmitteln müssen natürlich erlernt und eingeübt werden. Der Ausbau der Ernährungsbildung in Kitas und Schulen kann dazu aus unserer Sicht natürlich auch einen wichtigen Beitrag leisten. Meine Damen und Herren Ausschussmitglieder, zum Schluss möchte ich betonen, sämtliche Maßnahmen, die der Lebensmittelhandel zur Verlustreduzierung unternimmt, unterliegen bei uns dem Prinzip der Freiwilligkeit. Auf dieser Grundlage gelingt es den Unternehmen am besten, sowohl auf der einen Seite den Kundenwunsch zu erfüllen, und zwar nach sicheren, frischen, vielfältigen Nahrungsmitteln, aber auch zu einem ressourcenschonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen beizutragen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Danke, das Mikro(fon) bitte ausschalten. Dann kommen wir zum Herrn Waskow von der Verbraucherzentrale NRW. Bitte.

Frank Waskow (Vz NRW): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Abgeordnete. Ich möchte mich bedanken für die Einladung, hier die Position, Einschätzung der Verbraucherzentrale vertreten zu können. Zu Beginn möchte ich zwei Sätze zur Einordnung fallen lassen. Wir beschäftigen uns schon lange mit dem Problem der Lebensmittelverschwendung im Kontext von Verbraucherinformation und Beratung, aber sind auch beteiligt an der Verpflegungspraxis in Kitas, Schulen, Hochschulen, also insgesamt im Bildungssystem, und sind dort an Praxis- und Forschungsprojekten beteiligt und haben auch Einblick in das Dialogforum außer Haus-Verpflegung. Ich möchte nochmal ein paar Fakten nennen, wo wir im Augenblick stehen. Wir haben eine Diskussion um Lebensmittelverschwendung seit zehn Jahren ungefähr. Was haben wir nicht? Wir haben keine wirklich belastbare Basis für Lebensmittelabfälle in den spezifischen Branchen der Lebensmittelindustrie. Seit ungefähr zehn Jahren findet auch die Wissenschaft kaum Zugang zu den Daten. Das macht eben die Basis auch unsicher. Nichtsdesto-



trotz haben wir ja viele Maßnahmen, viele Initiativen in Deutschland, die das Thema aufgegriffen haben und Lösungen anbieten. Was wir nicht wissen, wie effizient sind eigentlich diese Lösungen? Wir haben sie nicht evaluiert. Wir wissen nicht, wo wir stehen. Zum Schluss haben wir leider auch eine sehr unsägliche Diskussion, die sehr häufig den Verbrauchern die Hauptschuld an den Lebensmittelabfällen zuweist, obwohl die Wirtschaft mindestens in gleicher Höhe an dem Aufkommen der Lebensmittelabfälle beteiligt ist. Deshalb begrüßen wir auch den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, mehr Verpflichtung in diesen Prozess zu bringen. Aus unserer Sicht ist es sogar höchste Zeit, verbindliche Vorgaben für alle Stufen und Branchen zu machen, denn ohne eine gesetzliche Verbindlichkeit werden wir die Ziele für 2025/2030 nicht erreichen. Das ist aus unserer Sicht relativ sicher. Die Forderung nach gesetzlichen Regelungen ist nicht neu. Frankreichs Gesetz haben wir sehr oft diskutiert. In Italien gibt es eine ähnliche Regelung. Ich meine, wir können diese Gesetze nicht als Blaupause für Deutschland nehmen. Vielmehr muss die gesamte Wertschöpfungskette, vom Feld bis zum Handel, in eine solche gesetzliche Regelung integriert werden. Das zeigt ja auch deutlich die Ergebnisse der *Baseline* 2015 vom Thünen-Institut. Die zeigt, wo die großen Potenziale für vermeidbare Lebensmittelabfälle liegen. Und die sind vor allen Dingen in der Landwirtschaft, in der Verarbeitung, aber auch in der außer Haus-Verpflegung zu sehen, natürlich auch im Handel. Aber der Handel kann maximal, nach den Berechnungen, zehn Prozent zu der Zielerreichung beitragen. Und insofern fordern wir, die ganze Kette dort zu berücksichtigen. Ich möchte auch ein Beispiel geben. (*Er blickt auf die Zeitnahme.*) Oh nein, das möchte ich nicht mehr! Dialogforen und Pilotprojekte sind wichtig und richtig. Wir finden, da kommen auch sehr viele hochmotivierte Partner zusammen, die auch willig sind, aber die Hauptschlüsselfrage ist: wie kommt man an das Gros der Unternehmen? Und wir sehen nicht, dass wir das mit freiwilligen Maßnahmen schaffen werden und deswegen werden wir die Ziele nicht erreichen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Danke auch dafür. Jetzt kommen wir zur Frau Dräger de Teran vom WWF. Bitte.

Tanja Dräger de Teran (WWF): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, sehr

geehrte Abgeordnete, wir freuen uns sehr, dass wir als WWF Deutschland hier zu dem Antrag „Lebensmittelverschwendung stoppen“ von den GRÜNEN Stellung nehmen dürfen. Vielleicht als einleitende Worte. Der WWF Deutschland hat es sehr begrüßt, dass es überhaupt in Deutschland eine Nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung gibt und die nunmehr auch nicht nur den Verbraucher in den Mittelpunkt stellt, sondern die gesamte Lebensmittelversorgungskette. Allerdings bleiben noch große Herausforderungen, die es zu erreichen gilt, um eine Halbierung der Lebensmittelabfälle bis 2030 zu erreichen. Dazu gehört zum einen die Verbesserung der Datengrundlage, um die Zielerreichung überhaupt bewerten zu können. Die derzeitigen Angaben beruhen in weiten Teilen noch auf Schätzungen und Eigenangaben der Wirtschaft. Hier gilt es nachzubessern. Die sektoralen Dialogforen können hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten und sie stellen derzeit ein zentrales Element der Nationalen Strategie dar. Statt auf Verbindlichkeit wird auf Freiwilligkeit gesetzt. Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass freiwillige Vereinbarungen zum Erfolg führen können. Maßgeblich ist jedoch, wie diese aufgesetzt werden und wie diese umgesetzt werden. Der Erfolg beruht auf ambitionierten Vereinbarungen einerseits und andererseits, dass die Unternehmen eine umfassende Beratung erfahren, eine umfassende Unterstützung. In Bezug auf Deutschland wird zu überprüfen sein, ob pro Sektor zusammen mit der Wirtschaft ambitionierte Vereinbarungen verabschiedet werden können. Aber auch die Politik ist hier gefragt. Die derzeitigen Dialogforen stellen befristete Projekte dar. Das erste Dialogforum, das für die außer Haus-Verpflegung, endet bereits nächstes Jahr. Basierend auf den guten Erfahrungen aus anderen Ländern fordert der WWF die Einrichtung einer politisch und wirtschaftlich neutralen Koordinierungsstelle, die gewährleistet, dass der Prozess verstetigt wird, die Anforderungen der Branchenvereinbarung wirksam umgesetzt werden, die Unternehmen Unterstützung erhalten und Reduktionserfolge vor allem auch dokumentiert werden können. Hier besteht aus unserer Sicht dringender Handlungsbedarf, eine solche Stelle im kommenden Haushaltsjahr zu berücksichtigen. In dem Antrag der GRÜNEN werden weitere Handlungsansätze aufgeführt, die mehr Verbindlichkeit einfordern. In unserer Stellungnahme haben wir ausführlich dargelegt, aus welchen Gründen wir



ein Gesetz ähnlich wie in Frankreich sehr kritisch sehen. Aber es gibt aus unserer Sicht weitere Handlungsmöglichkeiten, die zu einer größeren Verbindlichkeit führen könnten. Zu nennen wäre hier das Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG), das hierzu analysiert worden ist. Mit einem Erlass gäbe es die Möglichkeit, Mengenerhebungs- und Bilanzpflichten für Unternehmen vorzuschreiben. Damit wären alle Unternehmen gleichermaßen verpflichtet, sich mit dem Thema systematisch auseinanderzusetzen und dazu Bericht zu erstatten. Auch auf einen weiteren Punkt des Antrages möchte ich noch zu sprechen kommen, das sind die Vermarktungsnormen. Die Überprüfung der Vermarktungsnormen, die der WWF ausdrücklich begrüßt. Vermarktungsnormen sind jedoch nur eine Ursache für die Verluste in der Landwirtschaft. Auch andere Instrumente können hier einen wesentlichen Beitrag leisten, nicht nur die Lieferkette nachhaltiger zu gestalten, sondern auch Lebensmittelverluste zu reduzieren. Dazu gehört das derzeit diskutierte Lieferkettengesetz wie die Richtlinie zur Bekämpfung von unlauteren Handelspraktiken. Die Zusammenhänge zwischen unlauteren Handelspraktiken und Lebensmittelverlusten konnten vielfach aufgezeigt werden. Dazu gehört z. B. die Auftragsstornierung in letzter Minute. Der WWF fordert eine wirksame Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht. Dazu gehört insbesondere auch die Etablierung einer gut ausgestatteten Durchsetzungsbehörde, die die Vertraulichkeit der Beschwerdeführer beinhaltet. Und als letzten Punkt. Lebensmittelverluste zu vermeiden, ist nur einer von den vielen Schritten, die getan werden müssen. Letztendlich gilt es, unser Ernährungssystem vom Acker bis zum Teller an den ökologischen Grenzen unseres Planeten auszurichten. Zukünftig sollte es zum Selbstverständnis aller Teile der Lieferkette gehören, die Erzeugnisse aus landwirtschaftlicher Produktion optimal zu nutzen und Lebensmittelverluste entlang der Lieferkette systematisch und nachvollziehbar zu vermeiden. Dankeschön.

Der Vorsitzende: Vielen Dank für Ihre Statements, auch - wenn Sie Ihr Mikro(fon) bitte ausmachen - dass Sie die zeitlichen Vorgaben eingehalten haben. Wir starten in die Fragerunde. Wir machen es immer nach Fraktionsgröße. Für die Union (CDU/CSU) hat sich die Kollegin Landgraf gemeldet. Und für alle gilt: nennen Sie bitte auch, wer Ihre Fragen beantworten soll.

Abg. Katharina Landgraf (CDU/CSU): Meine Damen und Herren, danke, dass Sie da sind. Ich möchte etwas vorwegschicken. Ich bin etwas voreingenommen, weil ich Bedenken habe, wenn man eine Statistik von den Landwirten verlangt, wieviel auf dem Feld geblieben ist. Erstmal sind die Landwirte da überhaupt nicht begeistert und meine Lebenserfahrung - ich stamme aus Sachsen, wie Sie hören - ich musste so etwas immer melden, als ich noch im LBG-Büro saß, wieviel draußen geblieben ist - das ist absoluter Quatsch. Man hat dann etwas aufgeschrieben. Und jeder Landwirt und jedes Unternehmen ist ja eigentlich interessiert, dass möglichst alles auch verwertet wird oder in den Markt kommt. Darum - denke ich - muss das eigentlich von sich aus funktionieren, dass wenigstens der Produzent schon Interesse hat, dass das Produkt an den Verbraucher gerät. Jetzt komme ich zu meinen Fragen. Zuerst Frau Schulz. Ich wollte Sie fragen: wie hat sich denn die Corona-Krise ausgewirkt? War alles da oder war manches besonders viel da? Wie hat sich auch diese Kommunikation gestaltet in dieser Krise? Gab es auch Engpässe? Dann wollte ich Frau Lienert fragen. Wie funktioniert die App im ländlichen Raum oder in eher bevölkerungsärmeren Gebieten? Funktioniert es da auch oder ist das ein Problem? Es fällt ja da auch Essen an und bestimmt gibt es auch Bedürftige. Und Herr Dr. Schmidt würde ich gern fragen: Hat eigentlich die Kampagne von unserem Ministerium (für Ernährung und Landwirtschaft - BMEL) „Zu gut für die Tonne!“ seit 2012 sichtbar etwas gebracht? Können Sie das als Wissenschaftler einschätzen? Welche Chancen sehen Sie in sog. intelligenten Verpackungen, um Lebensmittelverschwendung vorzubeugen? Und wenn noch Zeit bleiben sollte, würde mich auch interessieren, wie wir die Aufklärung ... Meine Frage ist schon zu lang.

Der Vorsitzende: So, die Frau Schulz beginnt. Sie haben gemeinsam rund drei Minuten. Bitteschön.

Evelin Schulz: Ich mache es schnell. Die Krise hat die Herausforderungen, die schon vorher bestanden haben, beschleunigt. Wir haben durch die Schließung der Tafeln festgestellt, dass die Tafeln auf jeden Fall systemrelevant sind sowohl für die Politik als auch für die Supermärkte. Es kam ja zu diesen Hamsterkäufen. Da gab es am Anfang tatsächlich Engpässe, aber das wurde relativ schnell wieder ausgeglichen. Die Tafeln haben sich umgestellt.



Wir haben wirklich ein super funktionierendes System. Was die Zusammenarbeit vor Ort betrifft mit dem Handel, das hat sich eingespielt. Wir haben mit dem Handel telefoniert, wir haben mit den Tafeln telefoniert, und sie haben dann abgeholt. Was ich vorhin schon zum Ausdruck bringen wollte, und das ist ja Bestandteil tatsächlich des Antrages, noch einmal weiterzudenken. Wir haben auch Angebote bekommen von den Herstellern. Und das waren nicht wenige. Im 1. Quartal 2 841 Paletten. Das sind 86 Sattelzüge, die wir quasi nicht verteilen konnten, die aber auch dringend benötigt werden. Das waren Waren, die sonst an die Gastronomen gegangen wären, an Hotels, die ja auch geschlossen hatten. Die konnten wir nicht annehmen und darum auch nicht verteilen.

Der Vorsitzende: Prima. Die Frau Lienert fährt fort.

Franziska Lienert: Der Anspruch von Too Good To Go ist es natürlich, Lebensmittelverschwendung da zu vermeiden, wo sie auch anfällt, d. h. unser Konzept funktioniert sowohl im urbanen Raum als auch im ländlichen Raum. Und wir sind mittlerweile in 4 800 Partnerläden in 900 Städten in ganz Deutschland, d. h. aber trotzdem, dass das gastronomische Angebot in Großstädten natürlich größer ist. Deswegen ist momentan auch unser Angebot dort größer. Wir merken aber, dass das Interesse auch im ländlichen Raum sehr, sehr groß ist von Kunden/innenseite. Wir bekommen wöchentlich bis zu 200 Anfragen von Menschen mit Vorschlägen und Wünschen für neue Partner, auch aus dem ländlichen Raum. Wir merken aber, dass ein diverses Angebot auch dazu führt, dass mehr Nachfrage da ist, d. h. in Zusammenarbeit mit Ketten stellen wir einfach fest, dass das schnell zu einem flächendeckenden Angebot führen kann, auch im ländlichen Raum. D. h., um das zu erreichen, würden verbesserte Rahmenbedingungen und rechtlich bindende Ziele für große Hersteller und den Handel bei der Priorisierung natürlich helfen. Ein anderer Punkt ist tatsächlich die Bekanntheit. Da arbeiten wir mit unserer eigenen Kommunikation in der PR auch dran. Und wir arbeiten auch mit Institutionen vor Ort zusammen, sodass eben auch Unternehmen auf uns proaktiv zukommen und nicht nur wir auf die Läden zukommen.

Der Vorsitzende: Dankeschön. Herr Dr. Schmidt war noch angesprochen.

Dr. Thomas Schmidt: Ich hatte zwei Fragen. Die erste Frage ist einfach zu beantworten. „Zu gut für die Tonne!“, dazu gibt es noch keine klaren Bilanzierungsergebnisse. Dafür brauchen wir eine Zweitreihe, wo wir Trends erkennen. Und danach muss man auswählen, inwieweit die eine Initiative Anteil hat an diesem Trend. Die zweite Frage war zu intelligenten Verpackungen. Ja, wir sehen da durchaus eine Chance. Allerdings müsste man das in Pilotprojekten erstmal eruieren, begleiten und dann gibt es dazu eine fundierte Aussage.

Der Vorsitzende: Donnerwetter, das war auf die Sekunde, Herr Dr. Schmidt. An alle Drei mein Kompliment. Jetzt wechseln wir zur SPD und die Kollegin Schulte hat sich zu Wort gemeldet.

Abg. Ursula Schulte (SPD): Ich fange mal damit an, dass ich sage, dass ich die Kritik, dass nur der Verbraucher in den Blick genommen wird beim Thema Lebensmittelverschwendung, die ja von verschiedensten Stellen kam, durchaus teile. Aber dennoch, ich finde 52 Prozent, die in dem Bereich entstehen, lohnen sich auch, den Blick dort hinzuwenden. Das darf man nicht außer Acht lassen. Ich hätte dann eine Frage zunächst einmal an Herrn Kreutzberger. Sie haben sich ja ein bisschen beklagt, dass das Ganze so lange dauert. Das kann ich auch nachvollziehen. Und jetzt stellen Sie sich mal vor, Sie hätten die Macht, ganz schnell zwei Entscheidungen auf den Weg zu bringen, womit wir Lebensmittelverschwendung stoppen können. Welche zwei Maßnahmen würden Sie als allererste in Angriff nehmen? Dann hätte ich eine Frage an Frau Schulz. Die Tafeln sind ja der größte Lebensmittelretter überhaupt und das finde ich auch ganz wunderbar und Sie könnten die 265 t, die Sie jährlich retten, noch verdoppeln. Das ist dann eine gewaltige Summe, die Sie retten können. Sagen Sie mal, was Sie dafür brauchen.

Der Vorsitzende: Herr Kreutzberger, Sie dürfen Ihre Visionen kundtun.

Stefan Kreutzberger: Zwei Maßnahmen eben aus dem Ärmel schütteln, nicht so einfach. Eine Maßnahme auf alle Fälle, wirklich belastbare Zahlen erheben. Ohne diese Datengrundlage können wir eigentlich gar nicht über Ziele sprechen, die wir bis zum Jahre 2030 erreichen wollen. Ich erinnere daran, eigentlich wollten wir jetzt schon fertig sein mit



der Halbierung der Lebensmittelverschwendung. Und das war damals der Antrag aller Fraktionen gewesen, bis zum Jahre 2020 zu halbieren. Es wurde immer gesagt, es gibt keine Datengrundlage, deswegen können wir das nicht machen. Jetzt muss die Datengrundlage unbedingt her und dafür muss als zweite Maßnahme eine unabhängige Koordinierungsstelle eingerichtet werden, die wirklich das überprüft. Also, mit anderen Worten, transparent sein, die Mülltonnen offen machen und zwar in allen Bereichen der Lieferkette und das unabhängig kontrollieren lassen. Das wären für mich die beiden Maßnahmen.

Abg. **Ursula Schulte** (SPD): Ich möchte da kurz noch einmal nachfragen, wenn es erlaubt ist, Herr Vorsitzender. Ein bisschen Zeit habe ich ja noch. Wie kommen Sie an diese Zahlen? Ich habe vom Thünen-Institut gehört und auch von anderen, dass es so schwierig ist, an diese Zahlen zu kommen. Haben Sie ein Mittel, wie man da trotzdem drankommt? Weil der Handel und andere blockieren das ja auch ein bisschen.

Stefan Kreutzberger: In anderen Ländern, in England, sind es mittlerweile 40 Unternehmen, die offenlegen und in einen Wettbewerb treten miteinander, dass sie im *Ranking* nach oben kommen. Man kann von anderen Ländern lernen. Und es ist gar nicht so schwierig, wirklich mal an die Zahlen ranzukommen. Und wenn es einer nicht will, dann hat er halt eine bestimmte Zielrichtung nicht erreicht und dann muss er da auch Strafe bezahlen. Also das muss ich ganz klar sagen. Wenn nicht mitmachen will in der Geschichte, dem muss es auch wehtun. Also Lebensmittelverschwendung muss wehtun und retten muss begünstigt werden.

Der **Vorsitzende**: Danke. Bitte machen Sie das Mikro(fon) noch aus. Dann kommen wir zur Frau Schulz.

Evelin Schulz: Wir haben tatsächlich in Deutschland ein wirklich einzigartiges System mit den Tafeln. Das gibt es woanders so nicht. Das ist großartig und das funktioniert ja vor Ort mit den Supermärkten und den lokalen Tafeln. Und die 265 000 t gerettete Lebensmittel, die wir erheben, das sind die Rückmeldungen aus der Tafel-Umfrage von den Tafeln vor Ort. Die Spenden von den Herstellern erfassen wir bei uns in einer gesonderten Statistik,

das sind gerade mal zehn Prozent, die natürlich dann auch wieder in der Statistik der Tafel vorkommen. Und da haben wir festgestellt, dass es uns bei den Großspenden, um diese weitergeben zu können, an Lagerkapazitäten, an Transportkapazitäten, an Kühlmöglichkeiten fehlt. Wenn Sie Joghurt angeboten bekommen mit einem Sattelzug, auf dem 33 Paletten drauf sind, muss das sofort verteilt werden und das muss irgendwo zwischengelagert werden, damit es dann sternförmig an die örtlichen Tafeln geht. Wir haben 12 Landesverbände, die die Großmengen annehmen und an lokale Tafeln weitergeben. Sie sind rein ehrenamtlich tätig. Und da sind auch schon einige Pilotprojekte gestartet, was wirklich toll ist. Wir bekommen ja bereits Unterstützung im Bereich der Digitalisierung. Das dauert aber, so haben wir das jetzt festgestellt, alles viel zu lange. Wenn das jetzt schon fertig gewesen wäre, auch in der Corona-Krise, das hätte wahnsinnig geholfen, d. h. was brauchen wir? Wir brauchen finanzielle Unterstützung beim Aufbau der Lager, dem Transport und von Verteilerzentren. Diese Möglichkeiten müssten mit unseren Landesverbänden gemeinsam aufgebaut werden.

Abg. **Ursula Schulte** (SPD): Dann kann ich Frau Syhre nochmal fragen, wie Sie die Dialogforen beurteilen und die Effektivität der Strategie sehen.

Der **Vorsitzende**: Frau Syhre.

Joyce-Ann Syhre: Dankeschön für die Frage. Im Eingangsstatement habe ich es auch schon erwähnt, dass meiner Meinung nach der Zeitplan ziemlich hinterherhängt. Fünf Dialogforen sind eigentlich geplant laut Strategie, zwei wurden bisher erst umgesetzt. Jetzt wird angekündigt, dass die restlichen auch noch dieses Jahr anfangen sollen. Aber - genau - ich schätze das eher als eigentlich unrealistisch ein. Die Arbeit in den Dialogforen ist insofern positiv zu bewerten, weil da verschiedene Akteure zusammengebracht werden und Wissen ausgetauscht wird. Aber es führt eben nicht dazu, dass wirklich Maßnahmen schnell umgesetzt werden und da auch eine Verbindlichkeit sozusagen entsteht. Genau, das würde ich an diesem Ansatz bemängeln.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön. Jetzt wechseln wir zur AfD mit Frau Gminder.



Abg. **Franziska Gminder** (AfD): Ich möchte gerne zwei Fragen stellen, und zwar einmal an den Herrn Frank Waskow (Vz NRW) und zweite Frage an Frau Syhre. Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN finde ich sehr gut in sehr vielen Punkten. Ich stelle mir aber eine andere Frage. Und zwar, wenn wir die Lebensmittelverschwendung bekämpfen, ist es nicht eigentlich eine Symptombekämpfung und wo liegen denn die eigentlichen Ursachen? Haben wir nicht eine Überproduktion gerade in Deutschland an Lebensmitteln? Ist es notwendig, dass wir zu viele Schweine züchten, die wir dann nach China exportieren? Wir bleiben auf der Gülle sitzen und das macht dann Probleme für unsere Grundwasserversorgung. Das ist auch nicht schön. Dann haben wir gerade jetzt zwei Sendungen im Fernsehen gehört von Arte, einmal über die Milchproduktion und das andere über die Geflügelproduktion. Wenn wir in Deutschland inzwischen eine Geflügelzucht haben, die hauptsächlich die Hühnerbrust bevorzugt, und nach Afrika werden dann die restlichen Teile, die Beine werden exportiert und man macht in Afrika die dortige Wirtschaft kaputt. Das sind alles Probleme neben der Lebensmittelverschwendung. Man kann zwar sagen, dann entsorgt nach Afrika, aber ob das dann so positiv ist, stellt sich mir die Frage. Ich bitte um Ihre Ansichten.

Der **Vorsitzende**: Herr Waskow (Vz NRW) war zuerst angesprochen, dann die Frau Syhre.

Frank Waskow (Vz NRW): Man kann sicherlich festhalten, dass wir in Deutschland noch kein an Nachhaltigkeit orientiertes Landwirtschafts- und Ernährungssystem haben. Und wenn man sich das mal anschaut, dass ein Großteil der Lebensmittelabfälle nicht unvorhergesehen auftritt, sondern im Grunde systemimmanent ist. Denn, wenn man schaut, die großen Anbieter, die Handelsketten, die großen Hersteller, versuchen natürlich ihre Rohstoffe, ihre Lebensmittel möglichst günstig am Markt einzukaufen. Und deswegen gibt es einen intensiven Preiswettbewerb. Wechselnde Lieferanten führen natürlich letztendlich zu einer Überproduktion. Und Lebensmittelabfälle sind nichts anderes als am Ende der Kette genau diese Überproduktion, die dann an allen Stellen der Kette auftaucht. Das Schlimme ist ja, dass die Kosten dafür auch schon eingepreist sind und im Grunde über die Wertschöpfungskette bis hin zu den Verbrauchern wei-

tergegeben werden. Insofern haben wir immer Probleme. Wenn wir Nachhaltigkeitsthemen konsequent umsetzen wollen, scheitern wir an überkommenen alten Strukturen in der Land- und Ernährungswirtschaft. Und deswegen ist es ein Grundlagenproblem, das wir hier aber jetzt schlecht diskutieren können.

Der **Vorsitzende**: Danke und die Frau Syhre darf noch.

Joyce-Ann Syhre: Ja, also die Überproduktion in Deutschland ist definitiv ein Problem. Nur ein Beispiel genannt, auch in Bezug auf den Handel und was an der Schnittstelle zwischen Produktion und Handel passiert. Es gibt Verträge sozusagen zwischen dem Handel und der Produktion. Und die sehen u. a. vor, dass bestimmte Warenversorgungsquoten eingehalten werden. D. h. der Handel möchte meistens eine Warenversorgungsquote von ja bis zu 100 Prozent, also der Produzent, der Landwirt, die Landwirtin muss sozusagen zu jeder Zeit diese 100 Prozent erfüllen. Und das übt natürlich enorm Druck aus. Also auch in Zeiten des Klimawandels beispielsweise oder, genau, wo die Landwirte also auch Probleme haben auf dem Feld, ist es unheimlich schwierig, diese Quote zu erfüllen. Und das führt eben dazu, dass teilweise auch mehr auf den Feldern angebaut wird. Also bis zu 40 Prozent an Überschuss wird angebaut, um diese Quoten einzuhalten. Wenn Quoten nicht eingehalten werden, kann es sein, dass der Landwirt sozusagen aus dem System gekickt wird. Es gibt genügend Angebot. Also das ist auf jeden Fall ein Riesenproblem, wo ich es eben wichtig finde, wirklich auch an der Schnittstelle zwischen Handel und Produktion nochmal zu gucken: Wie sind Verträge aufgebaut, wie können wir die fairer gestalten? Genau. Vielleicht noch ein zweiter Punkt in Bezug auf die Konsumseite. Wir sind es natürlich alle gewohnt, in den Supermarkt zu gehen und volle Regale zu haben. Also, das muss man an der Stelle auch einmal ansprechen. Und wir haben über Jahre hinweg sozusagen unsere Konsument/innen dazu erzogen, dieses Bild zu sehen. Und da kommt Ernährungsbildung mit rein. Also wir brauchen - ja - Rahmenlehrpläne, die dieses Thema fest aufnehmen. Wir brauchen natürlich Informationskampagnen von Seiten der Politik, aber auch von den aktiven NGOs, die da schrittweise sensibilisieren, aber auch der Handel hat da eine starke Verantwortung,



vor Ort in den Läden aufzuklären. Wenn die Regale auch mal leer sind, das auch zuzulassen sozusagen. Genau, da aufzuklären, warum das so ist. Dankeschön.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Damit kommen wir zur Frau Bauer von der FDP.

Abg. **Nicole Bauer** (FDP): Eine Frage möchte ich an die Frau Lienert richten. Sie hatten vorhin schon von Ihrer *App* gesprochen. Mich würde interessieren als technologieoffener und innovationsfreudiger Mensch: welche Punkte sehen Sie aus Ihrer Sicht noch im Hinblick auf künstliche Intelligenz (KI), um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden? Meine weiteren Fragen möchte ich an den Herrn Böttcher (BVLH) richten. Wir Freie Demokraten stehen ja eigentlich für weniger Ver- und Gebote. Jetzt wäre für mich wichtig zu wissen, die Technologieoffenheit und auch KI spielt dabei für mich eine Schlüsselrolle. Wie schätzen Sie ein, welche Möglichkeiten bieten der technologische Fortschritt, KI, um Lebensmittelverschwendung besser noch zu vermeiden? Sie hatten ja von Ihrem Warenwirtschaftssystem schon gesprochen. Welche Ansätze verfolgen Sie da noch im Bereich des Lebensmittelhandels? Und mich würde eine weitere Frage interessieren. Wir haben ja schon gesprochen, dass im Lebensmittelhandel nicht unbedingt der höchste Anteil an Lebensmittelverschwendung existiert. Jetzt gibt es von der Bundesregierung einige Programme, Zu gut für die Tonne!, aber auch weitere im Hinblick auf Lebensmittelverluste, Verluste in der Wertschöpfungskette. Wir wissen aber auch, dass Landwirtschaft und private Haushalte aufgrund von Ernteaufwänden, aber auch aufgrund von Wegwerfmentalität einen höheren Anteil ausmachen. Inwiefern sind diese Programme nicht zu kurz gedacht?

Der **Vorsitzende**: Zunächst die Frau Lienert und dann der Herr Böttcher (BVLH).

Franziska Lienert: Danke für die Frage. Unsere *App* funktioniert ja nicht mit KI, aber natürlich sehen wir als digitales Unternehmen sehr viele Vorteile und auch große Chancen in technologischen Innovationen und eben auch natürlich in der KI. Ich glaube, was ganz spannend, auch bei *Apps* oder generell digitalen Innovationen ist, dass wir eine

große Chance in der Ergänzung von bereits bestehenden Organisationen und Systemen haben. Das funktioniert ja auch bei unserer *App* sehr gut mit der Tafel z. B., dass wir uns da sehr gut ergänzen. Genau. Aber ich glaube, was sehr wichtig dabei zu beachten ist, ist, dass wir uns darauf nicht verlassen können, sondern dass wir das wirklich in ein gesamtes System miteinbeziehen, sprich, wir können nicht einfach sagen, wir machen eine intelligente Preisreduzierung usw., ohne dabei die Kundinnen und Kunden mitzunehmen in der Aufklärungsarbeit und die Leute wirklich wieder heranzuführen, dass ein MHD ein MHD ist und kein Verbrauchsdatum. Ich glaube, da ist es wirklich sehr, sehr wichtig, dass wir auf allem aufbauen, was bereits existiert, auch auf Aufklärungskampagnen, wie z. B. unsere „Oft länger gut“-Kampagne, aber dass wir eben nicht sagen, wir können das alles nur mit den künstlichen Intelligenzen und technologischen Innovationen wirklich meistern, sondern dass wir das Problem an der Wurzel anpacken und da wieder flächendeckend Aufklärung haben.

Der **Vorsitzende**: Herr Böttcher (BVLH).

Christian Böttcher (BVLH): Frau Bauer, nehmen Sie es mir nicht übel, dass ich Ihnen den Rücken zudrehe, wenn ich antworte. Wir (Ich) hatte(n) es vorhin in unserer (meiner) Einleitung schon einmal gesagt. Für den Handel, Lebensmittel(verluste) zu reduzieren, ist der wichtigste Punkt. Wir müssen unsere Warenbedarfsplanung (verbesser(n) machen, unsere Warenwirtschaft besser machen. Das ist im Handel die wichtigste Maßnahme, um (selbst) von den Verlusten runterzukommen. Die (In der) Regel (kommen) bisher bei Warenwirtschaftssystemen, bei Prognosen sind halt regelbasierte Prognosesysteme (zum Einsatz), die historische Daten extrapolieren. Dabei liegen die oft (auch) daneben, weil man eben nicht aus den Daten lernt. (So, und das ist ja) der Vorteil von *machine learning*, von Algorithmen, von KI ist, dass wir aus den Daten lernen und insofern die Prognosen besser machen können. D. h. (also), dass es für den Handel, für seine Warenwirtschaftssysteme natürlich sehr wichtig ist, hier auch selbstlernende Algorithmen in diese Warenwirtschaftssysteme einzubauen, bei jedem *Update*, bei jeder Pflege der Warenwirtschaftssysteme. Das klingt (jetzt erstmal) relativ einfach, ist es aber nicht, weil wir keine Stan-



dardlösung im Handel haben. Viele Handelsunternehmen (arbeiten durchaus mit einer – oder) setzen auf die Basis eines großen Softwarehauses auf, aber trotzdem werden Anpassungen vorgenommen (für jedes Handelsunternehmen), für die Standorte, für die Größe der Geschäfte, für den Umfang der Waren. Man muss (sozusagen individuelle Systeme planen und natürlich auch) individuelle Systeme entwickeln. Und das kostet viel Geld. Das machen die Unternehmen aber, weil es auch zum Betriebsergebnis beiträgt, also (viel) Geld wieder spart und natürlich dann auch zur Reduzierung der Lebensmittelvernichtung (natürlich) beiträgt. (Ein a)Andere(s) Beispiel:(e, kurz auch schon angesprochen, Technologie-Beispiele,) Intelligente Verpackung(en sind) ist für uns im Handel auch ein ganz wichtiges Thema, wenn (natürlich da auch) die Lebensmittelsicherheit (darf da) nicht gefährdet werden (wird) und auch die Verbraucherakzeptanz muss da sein (ist). Mir nutzt keine intelligente Verpackung etwas, wenn ich (sozusagen) mit Sauerstoffabsorbieren arbeite, die Kunden sich aber Gedanken machen, ob diese vielleicht schwierig sind. Oder wenn ich mit antibakteriellen Beschichtungen arbeite in der Verpackung, müssen die Kunden natürlich auch das Vertrauen darin (zu) haben. Das bringt sonst alles nichts. (Auch ein wichtiger Punkt bei intelligenten Verpackungen oder bei) KI-basierte(n) Systeme(n), können (kommen) heutzutage durch die (auch bei) Deckenkameras (zum Einsatz. Sie beobachten den sog. Out-of-Stock-Zustand im Regal und sorgen dafür, dass zügig und bedarfsorientiert aufgefüllt wird.) natürlich auch schon schauen, wie ist der sog. *out of stock*-Bereich in den Regalen, dass man dann natürlich auch sofort wieder nachfüllt und natürlich hier für ein intelligentes Warenwirtschaftssystem sorgt. Viele andere Beispiele könnte ich (jetzt) noch machen (nennen), spare ich mir (dazu fehlt jedoch die Zeit). Zweite Frage: „Zu gut für die Tonne!“. „Zu gut für die Tonne!“ ist eine Kampagne (, die sich) an Verbraucher (richtet). Herr Schmidt hatte gerade auch schon ein paar Ausführungen dazu gemacht. Viel wichtiger ist es (eigentlich), wenn wir in die Kette gucken, dass wir uns anschauen, wie können wir Haftungserleichterungen bei der Weitergabe machen (umsetzen), wie können wir z. B. (aber auch) Lebensmittel mit kleinen Kennzeichnungsfehlern einfacher abgeben. Da müssen wir ins Kennzeichnungsrecht gucken. Damit will ich es erst einmal (kurz) bewenden lassen (, meine Antwort).

Der **Vorsitzende**: Danke. Damit kommen wir zur Fraktion DIE LINKE., die Kollegin Dr. Tackmann.

Abg. **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.): Vielen Dank für Ihre Statements und auch die zugearbeiteten Stellungnahmen. Eigentlich ist es heute ein bisschen ein trauriger Tag. Weil auch ich bin schon einige Jahre mit dem Thema befasst und wir sind ja eigentlich nicht wirklich weitergekommen. Und ich hatte gehofft, dass Sie uns heute erklären, wie es anders geht, dass man wenigstens eine andere Datengrundlage hat, dass ich vielleicht was nicht mitbekommen habe. Aber ich bin eigentlich ein bisschen entsetzt oder mein Entsetzen vertieft sich, dass wir immer noch darüber reden, dass wir es eigentlich gar nicht genau wissen, wo tatsächlich die Lebensmittelverschwendung stattfindet und da müssen wir ja nicht nur auf die Symptome gucken, sondern auf die Ursachen. Nur weil im privaten Haushalt Lebensmittel verschwendet werden, ist ja nicht die Ursache dort zu suchen, sondern woanders. Das nur als Einleitung, weil mir das jetzt auch wichtig war. Ich möchte gern die Frau Dräger de Teran vom WWF fragen. Sie hatten darauf abgezielt, auch auf die Meldestelle für unlauteren Wettbewerb. Das ist etwas, was gerade in der Corona-Krise eigentlich dringend gebraucht worden wäre. Und ich habe die Bundesregierung auch mehrfach gefragt, ob man das nicht vorziehen kann. Aber wir sind in dem Prozess; es ist angekündigt, sie kommt. Wie müsste man sie ausgestalten, damit sie tatsächlich in der Sache was bringt. Wir brauchen jetzt keine Meldestelle, die dann auch wieder ins Leere läuft. Das Gleiche würde ich auch Frau Syhre fragen, weil sie auch darauf abgezielt hatte.

Der **Vorsitzende**: Frau Dräger de Teran (WWF).

Tanja Dräger de Teran (WWF): Vielen herzlichen Dank für die Frage. Wir haben mit unseren Partnern in anderen Ländern diese Richtlinie gegen die unlauteren Handelspraktiken sehr stark diskutiert, gerade zu der Frage Vermeidung von Lebensmittelverlusten und Stärkung der Rechte für die Erzeuger (und sind der Frage nachgegangen, wie eine), was eine starke Umsetzung anbelangt (aussehen könnte). Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, wenn es tatsächlich eine gute Beschwerdestelle gibt, wo Vertraulichkeit gewahrt ist, wo Landwirte, Erzeugergemeinschaften, Genossenschaften hingehen



können und wissen, sie sind da in einem geschützten Raum und können Beschwerde einreichen zu jeglicher Art von unlauteren Handelspraktiken, wäre sehr viel geholfen, um (z. B. als Erzeuger) wirklich hier eine gute Stellung (Position) zu erlangen als Erzeuger sozusagen. Das wäre das, was wir empfehlen würden: Eine gute Durchsetzungsbehörde, die die Vertraulichkeit der Beschwerdeführer gewährleistet.

Joyce-Ann Syhre: Vielen Dank für die Frage. Genau, ich will jetzt gar nicht auf die Meldestelle sozusagen eingehen, sondern vielleicht eher - genau - darauf, wie man fairere Bedingungen schaffen kann, also was ja auch Teil dieser UTP-Richtlinie sozusagen ist. Ich habe es gerade schon angesprochen, es gibt eben so Instrumente wie Warenversorgungsquoten. Ich finde, da müsste man heran, dass die nicht einseitig sozusagen vom Handel festgelegt werden, sondern ja auch sozusagen gemeinsam beschlossen werden, auch flexibel gestaltet werden können. Also wenn es Probleme auf dem Feld gibt, dass die Systeme da auch flexibel gestaltet werden, dass der Landwirt trotzdem seine Ware abliefern kann und dann eben von woanders noch Ware dazukommt oder der Handel das irgendwie ausgleichen muss, aber es ist nicht Verantwortung des Landwirtes/der Landwirtin dann ist, dieses Problem zu lösen. Da müssen wir auf jeden Fall ran. Die Verträge müssen klar auf jeden Fall auch sicherer gestaltet werden. Also, das ist jetzt auch bei der nationalen Umsetzung angedacht. Aber ich denke, da kann man auf jeden Fall noch ein bisschen strenger sozusagen werden. Also bisher wird da auch eher an der Oberfläche gekratzt meiner Meinung nach. Und ein weiterer wichtiger Punkt, Vermarktungsnormen, wurde auch schon angesprochen. Wir haben ja einmal die EU-Vermarktungsnormen, die ja teilweise auch größtenteils schon abgebaut wurden, aber es gibt eben auch ja Qualitätsstandards, die vom Handel gesetzt werden. Und die führen eben oft auch dazu, dass ja Lebensmittel auf dem Acker verbleiben, nicht angenommen werden. Und da sehe ich in der Richtlinie auf jeden Fall auch eine Chance, da vom Instrument her ranzugehen.

Abg. **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.): Eine weitere Frage geht an Herrn Kreutzberger. Sie haben so schön formuliert, „die Industrie lässt sich nicht in die Tonne schauen“. Müssen wir nicht

eigentlich über unlautere Geschäftsmodelle nachdenken?

Der **Vorsitzende:** Herr Kreutzberger.

Stefan Kreutzberger: Ja, da müssen wir drüber nachdenken! Es ist von Anfang an klar, dass die Industrie bei der ersten Studie der Universität Stuttgart, ich erinnere ich mich (noch gut) daran, dass die (Wissenschaftler) mitgeteilt haben, dass die Daten, die sie bekommen haben, um den Faktor zehn nach oben gehen können – unglaublich. Diese Sache hat sich bis heute nicht geändert. Und wenn da nicht die Industrie langsam mal wirklich Tacheles redet und sagt, was sie tatsächlich wegwirft, dann kommen wir nicht weiter. Und wenn sie das nicht tut, dann muss sie dazu meines Erachtens verpflichtet werden.

Der **Vorsitzende:** Danke Herr Kreutzberger, das Mikro(fon). Vielen Dank. Damit kommen wir zu Kollegin Künast von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Renate Künast** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke meine Damen und Herren für diesen Überblick, der ja über unseren Antrag hinaus noch weitere Änderungen und Anregungen gibt. Ich will grundsätzlich mal zu unserem Antrag sagen, wir sind mehr oder weniger am Ende beim Handel und der Industrie angefangen, nicht ganz vorne, weil wir auch glauben, dass wenn Du hinten so langsam mal zumachst und sagst, da wird nicht mehr weggeworfen, wir auch, Herr Böttcher (BVLH) sagte ja, das Management besser machen, aber wenn das Management besser wird, wird ja auch weniger bestellt - eigentlich. Es müsste sich eigentlich nach vorne auswirken, wenn man auch die Möglichkeit wegzuerwerfen verändert. Ich will aber vorausschicken, freiwillig läuft mit mir nicht mehr. Ich habe jetzt so lange Politik gemacht, es hängt mir „wie Sauerkraut aus den Ohren“ das Wort freiwillig. Und ich halte es mittlerweile für einen Trick, dass noch einmal freiwillig zu machen. Es ist auch ein Trick, ich knüpfe an Herrn Kreutzberger an. Ja vor acht Jahren waren Sie schon hier und jetzt kommt Frau (Abg. Katharina) Landgraf und sagt, wir haben doch keine Daten. Ja, warum haben Sie keine erhoben, verstehen Sie? Das Ministerium (BMEL) war immer in CDU/CSU Hand, na bitte. Ja, mag auch schwierig sein, aber man darf nicht ein Argument nehmen und nach acht Jahren stellen wir fest, wir



haben es erfolgreich verhindert. Ich glaube, dass wir hinten anfangen müssen, aber natürlich auch vorne. Das Verbraucherverhalten hinten kommt durch Überproduktion am Anfang. Jetzt müssen wir gucken, wie kommen wir an die ganze Kette. Ich habe Fragen an Herrn Waskow (Vz NRW) und Frau Syhre. Und zwar haben wir zwei Sachen. Einmal, retten muss begünstigt werden. Was alles muss günstiger werden beim Retten? Und da möchte ich speziell auch die Frage nach der Umsatzsteuer stellen, weil viele Handelsunternehmen sagen, das ist ja teurer, wenn ich es spende, als wenn ich es gleich wegschmeiße. Welche Regel musst Du in diesem Bereich haben, auch unternehmerisch, damit retten günstiger wird? Zweitens, Überproduktion reduzieren, heißt das nicht auch Philosophie verändern, Verträge verändern - Frau Syhre hat es angesprochen - und dann auch klar ranzugehen und zu sagen, Tierhaltung in der Menge runter, Chemieeinsatz runter? Das passt dann fast zur Klimafrage. Also an Herrn Waskow (Vz NRW) und Frau Syhre.

Der Vorsitzende: Herr Waskow (Vz NRW).

Frank Waskow (Vz NRW): Danke für die Frage. Ich möchte eigentlich mit dem Beispiel antworten. Wenn wir uns hier EU-Vermarktungsnormen ansehen, dann haben wir ja auch immer wieder die Forderung, diese doch abzuschaffen. Ich selber habe ja in der Industrie sehr lange als Einkäufer gearbeitet. Das ist vielleicht auch eine Illusion, weil, es wird immer Anforderungen an Lebensmittel geben in jeglicher Art. Aber diese Art Anforderungen, die Hersteller und Handel stellen, müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Es muss analysiert werden, wo lösen sie Abfälle aus. Das ist für meine Begriffe noch nicht systematisch erfolgt. Und der alleinige Fokus auf Vermarktungsnormen hilft uns da im Grunde genommen nicht weiter, denn am Ende des Tages haben wir hohe Verluste gerade bei den Landwirten. Und wir beklagen ja gerade jetzt, dass sie schwer überleben können, gerade die klein- und mittelständischen. Aber gucken Sie sich auch die Biobauern an, die besonders darunter leiden, dass da viel aussortiert wird, weil sie eben nicht mit chemischen Pestiziden händeln, wie das in der konventionellen Landwirtschaft möglich ist. Also insofern, denke ich, müssen wir auch den Fokus da etwas anders legen.

Der Vorsitzende: Danke. Frau Syhre, Sie waren angesprochen.

Joyce-Ann Syhre: Genau, zum Thema retten von Lebensmitteln und was für Anreize wir da vielleicht brauchen. Man muss ja schon mal klar sagen, dass, wenn Lebensmittelretter/innen bei einem Unternehmen Lebensmittel abholen, dann spart das Unternehmen ja sozusagen die Abfallentgelte. Eigentlich ist es, überspitzt gesagt, schon eine Art Dienstleistung, die da auch erbracht wird, wo dann die Unternehmen relativ wenig zu beisteuern. Deswegen finde ich die Forderung, zusätzliche steuerliche Anreize zu setzen, ja schwierig bzw. sie muss differenziert betrachtet werden, würde ich sagen. Also, es gibt kleinere Unternehmen, die Bäckereien, die wirklich Schwierigkeiten haben, logistisch die Lebensmittel zu lagern, die dann auch wirklich abzugeben, wo steuerliche Anreize sicherlich sinnvoll sind, um eben auch zu ermöglichen, dass dieses System sozusagen entstehen kann. Aber es gibt eben auch große Unternehmen, große Lebensmittelketten, wo ich sagen würde, die müssen wir jetzt politisch nicht extra noch einmal dafür belohnen über Anreize, dass sie das tun, also, dass sie Lebensmittel retten und dafür sorgen, dass Lebensmittel nicht in der Tonne landen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Wir starten nahtlos in die zweite Runde. Für die Union (CDU/CSU) die Kollegin Pahlmann.

Abg. **Ingrid Pahlmann** (CDU/CSU): Auch von meiner Seite herzlichen Dank für die vielen, komprimierten Fachexpertisen hier. Ich hätte jetzt mal eine Frage an sowohl Frau Lienert wie auch Frau Schulz und vielleicht auch Herrn Dr. Schmidt. MHD ist ja bei vielen Verbrauchern mittlerweile durchaus bekannt, aber trotzdem stoßen wir da ja an Grenzen. Können Sie Auskunft geben, welche vermeidbaren Lebensmittelabfälle darauf zurückzuführen sind und für welche Produkte man vielleicht überlegen sollte, die auf europäischer Ebene durchaus abzuschaffen? Und an die gleichen Sachverständigen vielleicht auch die Frage, weil es auch ein paar Mal „hoch ploppte“, Ernährungsbildung ist so wichtig. Was sollte denn aus Ihrer Sicht die Verbraucherbildung in Kita, Schule, aber auch am Arbeitsplatz? Wie könnte das besser ausgestaltet werden, um auch wirklich ein besseres, effizienteres Bewusstsein für den Wert von Lebensmitteln zu



schaffen? Diese beiden Fragen erst einmal vorab und ich hätte noch eine dritte hinterher.

Der **Vorsitzende**: Frau Lienert, Frau Schulz und Herr Dr. Schmidt. Frau Lienert, Sie dürfen starten.

Franziska Lienert: Welche Produkte bei uns besonders dann eben nicht in der Tüte landen, sind tatsächlich Produkte, die nahe am MHD sind, weil es da tatsächlich weiterhin Unsicherheiten auf der Seite von den Betrieben gibt. Deswegen, also es macht auf jeden Fall Sinn, glaube ich, dass MHD ganz grundsätzlich zu überarbeiten. Da passiert ja auch auf europäischer Ebene jetzt bald einiges. Trotzdem finde ich es sehr, sehr wichtig, dass man da eben die Verbraucherinnen und Verbraucher weiterhin an die Hand nimmt. Wir haben ja mit der „Oft länger gut“-Kampagne da versucht, eine Brücke zu schlagen zwischen den Lebensmittelherstellern und den Verbraucherinnen und Verbrauchern, dass eben auf die Verpackungen „oft länger gut“ in der Nähe des MHD gedruckt wird und dass der Test „schauen – riechen – probieren“ da die Leute wieder an das Wissen heranführt, dass ein MHD kein Verbrauchsdatum ist. Ich denke, auch genau der Teil mit der Bildung, den wir meinen. Wir können natürlich als Unternehmen sehr viel über Vorträge usw. leisten, aber es wäre wichtig, dass wirklich in den Bildungsplänen das Wissen rund um Lebensmittelverschwendung und auch um Mindesthaltbarkeitsdaten zunimmt und fest verankert wird. Das, was wir dann eben auch mit leisten können, sind eben Expertise geben, zusammenzuarbeiten und auch in Aufklärungskampagnen sozusagen die gesamte Bevölkerung mitzunehmen und nicht nur auf schulischer Bildung zu belassen.

Der **Vorsitzende**: Frau Schulz bitte.

Evelin Schulz: Vielen Dank für die Frage. Das MHD ist tatsächlich ein spannendes Thema. Und auch da merken wir bei den Tafeln, dass sich da einiges getan hat und dass da aber wirklich noch viel passieren kann. Wobei wir immer die Zusammenarbeit mit dem Handel loben, ist an dieser Stelle tatsächlich noch Zurückhaltung. Wir haben auch lange als Tafeln die Ware gar nicht abgenommen, weil auch da Unsicherheiten bestanden. Da haben wir Aufklärungsarbeit bei unseren Mitgliedern übernommen und gleichzeitig natürlich auch unsere Möglichkeiten und Beziehungen genutzt, um mit dem Handel

zu sprechen. Das passt auch ein bisschen zum Thema Haftungsfrage und Umsatzsteuer. Es gibt so ein paar Sachen, die tatsächlich Hürden sind, wo ich mich immer frage, ist das eine politische Frage oder ist das bei den Handelsunternehmen eine Unsicherheit. Und da wäre es gut, wenn man zusammen die Themen MHD, Haftungsrisiko und auch diese steuerlichen Erleichterungen noch einmal diskutiert. Wir sehen ja auch bei Läden wie SIRPLUS, dass es durchaus möglich ist. Ich meine, die verkaufen Ware auch über dem MHD. Also muss ja die Haftungsfrage irgendwie geklärt werden. Und dann ist es schon fraglich, warum man dann Ware am MHD nicht an die Tafeln abgibt. Da wollen wir selber auch noch mehr lernen und uns auch aktiv einbringen. Und vielleicht noch einmal ganz kurz zum Thema Bildung: Auch das finden wir sehr, sehr wichtig. Gerade die benachteiligten Menschen, also die, die zu den Tafeln kommen, sind ja auch eine Risikogruppe. Deshalb ist für uns auch Ernährungsbildung ein wichtiges Thema, das in den Lehrplänen verankert werden sollte und wo wir uns freuen, dass es in diesem Bereich auch Projekte gibt, die bei den Tafeln angedockt sind.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Dr. Schmidt.

Dr. Thomas Schmidt: Danke für diese Frage. Da haben wir tatsächlich ein bisschen mehr Informationen darüber. Ich sagte vorhin schon, etwa die Hälfte wird in privaten Haushalten weggeworfen und Befragungsergebnisse zeigen, dass sechs Prozent wegen MHD entsorgt werden. Davon ist die Hälfte noch nicht mal geöffnet. Insofern ist da durchaus Nachholbedarf nach einer Aufklärungskampagne, damit riechen und schmecken wieder an Bedeutung gewinnen. MHD-Pflicht für Trockenprodukte wie Nudeln sollten nochmal überdacht werden. Die zweite Frage zur Bildung, da würde ich indirekt ansetzen. Zunächst angemessene Ernährungsumgebung schaffen, dass Schüler, Studenten, Erwachsene nicht nur zum Essen gehen, um satt zu werden, sondern eben auch eine soziale Funktion in dem Essen sehen. Das wertet das Essen auf. Und dann natürlich eine einfache exemplarische Messung mit Beratung, Aufklärung. Das Ganze geht nicht von alleine, dazu braucht es Beauftragte, die sich um dieses Thema kümmern.



Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Damit - Ihr Mikro(fon) bitte, Herr Dr. Schmidt - starten wir mit Frau Schulte von der SPD.

Abg. **Ursula Schulte** (SPD): Ich hätte gern die Frage gestellt an Herrn Kreuzberger, was Sie denn von einem gesetzlichen Verbot des Wegwerfens halten für Läden, die über 400 m² - um nur eine Zahl zu nennen – haben? Die gleiche Frage würde ich auch an Sie (*Tanja Dräger de Teran - WWF*) stellen. Dann hätte ich den Handel, also Herrn Böttcher (BVLH), Sie gefragt. Worüber ich mich ärgere, ist, dass ich ganze Paletten mit Äpfeln oder Bündel mit Bananen oder Netze mit Apfelsinen finde in den Abfallcontainern, wenn ich da mal reinschaue. Warum gelingt es dem Handel nicht, diesen einen faulen Apfel aus dieser Verpackung rauszunehmen und den Rest dann auch lose zu verkaufen? Ich finde, das wäre ja schon einmal ein erster Schritt, den man tun könnte. Ich weiß, dass wahrscheinlich die Personalkosten, damit werden Sie antworten, aber das könnten Sie sich ja einfach mal bewusst machen. Ich weiß jetzt nicht, wie hoch der Anteil dessen ist, aber das ist wirklich auffällig, dass der Handel da doch eine Möglichkeit hätte, das Obst noch zu verkaufen. Eine andere Frage. Es gibt ja durchaus Versuche, Menschen dieses nicht ganz perfekte Obst oder das nicht ganz perfekte Gemüse anzubieten. Und wenn das Fernsehen dabei ist, dann kaufen die das auch. Nur wenn das Fernsehen wieder weg ist, bleibt das natürlich auch wieder liegen. Das sagen mir auch die Händler, die das mal versucht haben. Da müsste der Handel den Verbraucher auch ein bisschen mit umerziehen. Und da haben Sie uns ein bisschen verwöhnt gemacht. Sie haben uns wirklich die perfekte Gurke geliefert, die perfekte Kartoffel - und das muss weg aus den Köpfen der Leute, dass das nicht schmeckt, nur weil es nicht ganz perfekt aussieht. Aber ich weiß nicht, wie man das erreichen kann, ich weiß jetzt auch nicht, wer mir die Frage beantworten kann. Vielleicht Sie vom WWF, vielleicht können Sie mir das beantworten, wie wir das aus den Köpfen der Verbraucherinnen und Verbraucher rauskriegt. Und wenn ich das richtig weiß, Obst, Gemüse und Brot, das sind die drei Dinge, die am meisten weggeworfen werden. Da habe ich in Corona gelernt, die Leute brauchen gar nicht bis 17:00 Uhr oder bis 19:30 Uhr alle möglichen Brot-sorten und Brötchensorten. Das ist auch eine Erziehungssache

und das wäre eine freiwillige Geschichte des Handels und das könnte man *promoten*, indem man sagt, Du kriegst nur noch bis 15:00 Uhr alle Brotsorten, danach reduzieren wir das so langsam. Jetzt ha-be ich schon selber zu viel geredet und Sie haben nicht mehr genug Zeit, um zu antworten.

Der **Vorsitzende**: Herr Kreuzberger, Herr Böttcher (BVLH), Frau Dräger de Teran (WWF).

Stefan Kreuzberger: Danke Frau Schulte für die Frage. Also, ich bin für einen Wegwerfstopp für Supermärkte, aber nicht nur für Supermärkte, sondern ein Wegwerfstopp über die gesamte Lieferkette, auch tatsächlich bei den Verbrauchern ein Wegwerfstopp. Da gibt es auch Ideen zu, das zu machen. Ich fange mal an, der Wegwerfstopp in Frankreich ist, auch in anderen Ländern, in europäischen Ländern, gemacht worden. Da gibt es tatsächlich, das hat ja Frau Schulz auch gerade deutlich gemacht, ein anderes System. Die Tafeln hier in Deutschland sind stärker, das ist richtig so. Aber nichtsdestotrotz wird so viel noch weggeschmissen. *Foodsharing* hat mal eine Auflistung darüber gemacht, die Tafeln haben eine Auflistung gemacht, wieviel tatsächlich jeden Tag abgeholt wird und das macht nur Prozentsätze von dem aus, was tatsächlich weggeworfen wird. Also, hier ein Wegwerfstopp machen, finde ich richtig, aber, wie gesagt, auch in den anderen Bereichen müssten gesetzliche Regelungen sein, dass sie zu einer tatsächlichen Änderung führen - und das geht natürlich erst, wenn man klar macht, wieviel wird überhaupt weggeworfen (wird). Wenn die Daten erhoben sind, kann ich sagen, es gibt Zielzahlen. Wenn wir bis zum Jahre 2025 so viel erreichen oder bis zum Jahr 2030 muss jeder seinen Teil dazu tun. Und das muss er transparent offenlegen. Und dann kann ich ihm auch sagen, *okay*, wenn Du das jetzt nicht einhältst, dann musst Du dafür irgendwie eine Strafe bezahlen. Ich komme zum Verbraucher nochmal, da kann man auch Anreize schaffen. Es gibt schöne Beispiele in Restaurants, dass man, wenn man den Teller nicht aufisst, dann auch noch ein bisschen mehr bezahlen muss. Das haben einige Restaurants gemacht. Ja, der Wettbewerb. (*Zwischenruf der Abg. Renate Künast: Teller isst keiner!*). Nicht die Teller, sondern was da drauf ist, natürlich! Nein, aber da gibt es tolle Beispiele, sehr wohl aus der Kampagne „Zu gut für die Tonne!“ oder auch aus



der Kampagne „Genießt uns!“, die ja schon abgeschlossen ist, wo es tolle Beispiele gab, wie man alles anders machen kann. Noch einmal kurz zu den Äpfeln, den verpackten. Da finde ich, muss ich mal eine kleine Lanze brechen für den Handel. Es gibt tolle Ansätze, (wirklich) Äpfel, die nicht so schön sind, wieder in den Handel zu bringen. Die krummen Dinger werden verkauft. Dann gibt es Maßnahmen, tatsächlich die Sachen, die sonst weggeworfen werden, zusammenzutun mit den konventionellen oder schönen Produkten, sagen wir das mal so. Also, es gibt schöne Ansätze. Und mittlerweile bekommt man auch in den großen Supermarktketten Alternativen zu den immer gleichen, hübschen, Hochglanz polierten Äpfeln. Das finde ich gut und richtig. Die Verpackungen müssen auch nicht sein. Viele Supermärkte sind dazu übergegangen, die tatsächlich auch wieder als lose Ware zu machen. Das sind richtige Ansätze. Ich kann sie nur befürworten und hoffe, dass sich das mal generell durchsetzt. Und dann haben wir auch das ganze Thema Verpackungsmüll endlich mal hinter uns. Weil das ist ja auch ein Riesenthema, was damit zusammenhängt, aber jetzt nicht gerade weiter diskutiert werden bräuchte.

Der Vorsitzende: Jetzt haben wir das Problem, dass im Grunde Sie die ganze Antwortzeit aufgebraucht haben. Herr Böttcher (BVLH), wenn Sie mit ein, zwei Sätzen noch dranhängen wollen? Und der Herr Kreuzberger macht bitte das Mikro(fon) noch aus.

Christian Böttcher (BVLH): Ich muss ja nicht wiederholen, was Herr Kreuzberger schon gesagt hat. Da kann ich ihm nur zustimmen. Ich stimme ihm nicht zu, wenn es um das Wegwerfverbot oder dieses Gesetz geht. Frankreich wäre nicht unser Vorbild. Unser Vorbild wäre eher Italien, also anreizen (Anreize schaffen) statt verbieten. Man muss in das Produkthaftungsgesetz gucken, man muss ins Lebensmittelrecht gucken, man muss dann auch ins Steuerrecht gucken. Also, die drei Sachen muss man sich angucken auf der rechtlichen Ebene und dann, glaube ich, kann man auf der Basis des italienischen Gesetzes etwas machen. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Zwei Sätze. Frau Dräger, Sie schauen traurig. Bitte.

Tanja Dräger de Teran (WWF): (*lacht kurz*). Ich wollte nur ganz kurz anrufen (darauf eingehen), was Sie (zu nicht perfekten Obst und Gemüse) angemerkt haben zu Obst und Gemüse. Das ist nicht perfekt. Ob es da nicht auch gute Beispiele gibt. Es gibt gute Beispiele hier in Deutschland, auch in anderen Ländern Europas, die Biohelden z. B. hier in Deutschland. Es kommt auf die Kommunikation an, dass es wirklich wertschätzend weiterverkauft wird und nicht verramscht wird (Maßgabe), mit der Maßnahme in der Kommunikation (sollte sein), (dass) es sind gleichwertige Produkte (sind). Sie sehen nicht perfekt aus, aber vom Nährstoffgehalt usw. sind sie gleich gut. Also, es gibt gute Beispiele.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, damit kommen wir zu Frau Gminder von der AfD.

Abg. Franziska Gminder (AfD): Ich habe an zwei Sachverständige eine Frage und zwar zuerst bitte an Herrn Böttcher (BVLH). Wer Lebensmittel spendet braucht Rechtssicherheit, ein großer Punkt. Die Weiterverwendung von Essen aus Restaurants ist bisher nicht erlaubt. Es wird also eigentlich alles entsorgt, Schweine darf man nicht mehr füttern, warum kann man das nicht vergünstigt weiterverkaufen? Dann, das wurde auch schon erwähnt, keine Auftragsstornierung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in letzter Minute. Das hat ja leider auch so um sich gegriffen und dann wird das einfach von Bauern weggeschmissen. Das ist eine Sünde. Dann, wie Frau (Abg. Renate) Künast schon erwähnt hat, keine Mehrwertsteuer (MwSt) auf gespendete Lebensmittel. Das ging neulich auch durch das Fernsehen, dass einer gesagt hat, na ich spende gar nichts mehr, jetzt muss ich das auch noch versteuern mit MwSt. Die andere Frage geht an Herrn (Dr.) Schmidt vom Thünen-Institut. Da war ich im September 2018 und habe mir das angeschaut und da kam eben die ganze Bedeutung der Biodiversität. Jetzt glaube ich vielleicht würde eine Förderung der Direktvermarktung bei Hofläden, wenn man das offiziell zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung anwenden könne, auch zu einer größeren Biodiversität führen. Und das wäre doch für uns alle wünschenswert.

Der Vorsitzende: Wir starten mit Herrn Böttcher (BVLH).



Christian Böttcher (BVLH): Da kann ich gleich anknüpfen an das, was ich auch gerade eben schon in Richtung Frau Schulte geantwortet habe. Also, wir brauchen, wenn wir Lebensmittel weitergeben wollen, ich spreche für den Lebensmittelhandel, insofern Rechtssicherheit, dass wir die Haftungsfrage klären müssen. Und insofern ist die Vorlage wirklich gut, dass man sagt, wir behandeln karitative Organisationen wie Endverbraucher, weil wir dann natürlich eine andere (Situation haben. Wir haften dann) Frage, in der Haftungsfrage, nur noch gegenüber der Organisation haben und nicht gegenüber den Verbrauchern selber bzw. den Kunden der Tafeln. Punkt eins. Punkt zwei. Malus-Bonussystem, Steuer. Man kann darüber diskutieren, ob man den Lebensmittelhandel belohnt dafür, dass er spendet. Man muss ihn aber nicht bestrafen, indem man sozusagen noch, was ja bisher gern gängige Praxis war, auf die Spenden (auch) noch (sozusagen) Umsatzsteuer (USt) bezahlen muss. Da gab es einen Runderlass aus dem Bundesfinanzministerium, dass man sagt, gerade Produkte kurz vor MHD, Wert null, keine Spende(nquittung, das) geht. Das wäre (sozusagen) das Minimum, was für uns wichtig ist. Natürlich kann man darüber nachdenken, ob man dennoch steuerliche Anreize setzt, Stichwort Italien, aber auch die Franzosen haben das (ja) in ihrem Gesetzespaket (mit) drin. Dritter Punkt. Produkthaftungsgesetz, muss man sich auch angucken. Wir können hier nicht nur über das Lebensmittelrecht gehen, sondern wir müssen auch über das Produkthaftungsgesetz gehen. Da müssen wir auch schauen, wie kann man das da (dort) wirklich regeln. Das ist nationales Recht. (Also wie gesagt,) die drei Punkte muss man sich auch als Politiker (, der für die Gesetzgebung zuständig ist) angucken, die regulieren, die in der Gesetzgebung tätig sind. Da denke ich (mal) kann man etwas machen. Dann (Zum Punkt): Stornierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in letzter Minute. Sie alle wissen, die UTP-Richtlinie, Umsetzung ins nationale (das) Gesetzgebungsverfahren (zur Umsetzung der UTP-Richtlinie in nationales Recht) läuft. Die Resortabstimmung steht gerade an. Wir werden demnächst dazu hoffentlich auch eine Verbändeanhörung haben (und wir,) werden uns (da) als Handel auch in der Verbändeanhörung (zu) positionieren. Und ich glaube, da ist das Thema auch richtig aufgehoben. (Letzter Punkt MwSt. Ach, die habe ich schon mit beantwortet, hoffe ich zumindest. Gut.)

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Schmidt darf fortfahren.

Dr. Thomas Schmidt: Danke für die Frage zur Direktvermarktung. Das kann ich unterstützen insofern, als dass die Direktvermarktung sicherlich zu einer höheren Wertschätzung von Lebensmitteln führt beim Konsumenten. Aber das ist eben nur ein Aspekt der Direktvermarktung, was man im Kontext sehen muss zu allen anderen Fragestellungen, die man im Agrarsektor hat. Sie hatten die höhere Biodiversität angesprochen. Da ist es so, dass man nicht per se davon ausgehen kann, kleinere Betriebe bringen mehr Biodiversität, das nicht, aber durch die Direktvermarktung und den direkten Kontakt zum Kunden ist natürlich auch ein gewisses *Image* verbunden. Und deshalb sehe ich da schon einen direkten Zusammenhang.

Abg. **Franziska Gminder** (AfD): Darf ich noch nachfragen? Weil dann eben durch die Direktvermarktung vielleicht auch andere Sachen angefragt werden, die vorher gar nicht angebaut worden sind, dass der Bauer selber in seinem Hofladen neue Produkte anbietet und das würde auch wieder auf Biodiversität hinführen.

Dr. Thomas Schmidt: Kann man durchaus so sehen, ja. Dies hat jetzt einen kausalen Zusammenhang. Wenn ich mir die Direktvermarktungsbetriebe anschau, die kaufen auch zu, aber diversifizieren natürlich auch ihre Produktion. Insofern kann das durchaus einen positiven Effekt haben. Die Größenordnung kann ich Ihnen nicht beziffern.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Dr. Schmidt. Das Mikro(fon) bitte noch stumm schalten. Dann kommen wir jetzt zur Frau Bauer von der FDP.

Abg. **Nicole Bauer** (FDP): Meine Frage möchte ich noch einmal an den Herrn Böttcher (BVLH) richten. Wir haben ja schon öfter heute gehört, dass Lebensmittelverschwendungen an sich gewisse Nachteile haben, nicht nur ethisch verwerflich sind, sondern auch umwelttechnisch und klimapolitisch schlecht sind, also eigentlich nachhaltigkeitsmäßig nicht wirklich förderlich sind - ganz im Gegenteil. Teilen Sie diese Auffassung und welche Anstrengungen unternimmt die Wirtschaft, um eine umweltfreundlichere Produktion zu erreichen? Das wäre der eine Punkt. Der weitere Punkt. Es wurde auch schon



häufig angesprochen das Thema MHD. Wie schätzen Sie das aus Ihrer Sicht ein? Bei welchen Produkten wäre ein MHD auch weiterhin sinnvoll? Und wie könnte man Produkte vielleicht auch kategorisieren, bei denen man durchaus auf einen Verzicht des MHD hinwirken kann? Und die nächste Thematik, die nächste Fragestellung geht noch einmal in die Richtung. Ja, es bestehen, das wurde ja heute auch in der Anhörung klar, aufgrund dessen, dass man Spenden macht, durchaus einige haftungstechnische Probleme. Es wurde auch schon gewisse Systeme vergleichen, Frankreich und Italien. Wie schätzen Sie das nochmal ein? Welche haftungsrechtlichen Bedingungen sind das genau? Und wie müsste aus Ihrer Sicht ein Anreizsystem aussehen, wenn man von anderen Ländern lernend, ein möglicherweise deutsches italienisches System in Anlehnung dessen hier implementieren möchte? Das würde mich interessieren.

Der Vorsitzende: Herr Böttcher (BVLH).

Christian Böttcher (BVLH): Ich fange (mal) gleich mit dem letzten Punkt an. Es gibt zwei schöne Ausarbeitungen des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages zu dieser Thematik. Einmal direkt zu dem Gesetz in Frankreich und (dann aber auch nochmal) eine vergleichende Analyse in allen (zu) anderen Ländern, (auch) wie es in den USA gemacht wird, wie es in Kanada gemacht wird, auch in Tschechien, Polen usw. Ich glaube, da kann man durchaus (ja natürlich) als Politik, und das wurde ja auch von Ihnen als Abgeordnete angefragt beim Wissenschaftlichen Dienst, (natürlich dann auch) schauen, wie man das Problem in Deutschland händeln kann bzw. wie man ein deutsches Gesetz machen kann, wie immer man das dann auch nennt. Aber die (Der) wichtig(sten) Punkte aus unserer Sicht (ist) (sind eben tatsächlich wirklich), dass sich (man) sowohl für die abnehmende Hand - *Foodsharer*, Tafeln - als auch für die spendende Hand (eine) Rechtssicherheit schafft. Im Moment haben wir zwar Spendenleitfäden auf der europäischen Ebene, auf der deutschen Ebene. Die beschreiben aber mehr die rechtliche Situation, anstatt tatsächlich (auch) eine Empfehlung zu geben, wie gehe ich denn mit dieser rechtlichen Situation überhaupt um. Eine Beschreibung nutzt mir nicht viel, wenn die Unsicherheit trotzdem besteht. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. MHD: Ganz klar, ein-

deutig für frische Produkte, für kühlpflichtige Produkte, wo das MHD (tatsächlich auch) ein (wichtiges) Bewertungskriterium ist für die spezifischen Eigenschaften. Da muss es auf jeden Fall erhalten bleiben bzw., wenn die politischen Mehrheiten so sind, dass wir das nicht mehr wollen, warum auch immer, intelligente Verpackungen, wie auch immer, dann muss es dennoch dem Verbraucher möglich sein, einen Unterschied zum Verbrauchsdatum immer wieder herzustellen. Wir werden weiterhin (ja) Produkte haben, frisches Hackfleisch, Fisch etc., die sind nach bestimmten Kriterien (dann) irgendwann wirklich nicht mehr sicher. Und man muss den Unterschied weiterhin feststellen können. Also für frische Produkte plädieren wir deshalb für die Erhaltung (den Erhalt) des MHD. Bei länger haltbaren Produkten kann man das gern abschaffen. Das haben wir damals auch schon gesagt, als Bundeslandwirtschaftsminister (Christian) Schmidt das Thema (ja auch) das erste Mal diskutiert hat, das war (die Diskussion) auf europäischer Ebene. Finden wir (es) auch weiterhin richtig, dass es auf europäischer Ebene geregelt wird. Es muss (da auch gemacht werden, es muss ja) in der LMIV (Lebensmittelinformationsverordnung) dann verankert werden. Aber bitte da auch jedes einzelne Produkt prüfen. Die EFSA (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit) kann das machen. Das BfR (Bundesinstitut für Risikobewertung) kann das machen - kein Problem. Solange die Lebensmittelsicherheit nicht gefährdet ist, kann man das definitiv machen. Letzte Frage. Natürlich sind (Auch) wir auch der Auffassung, dass Lebensmittel, die umsonst produziert worden sind, wo Ressourcen umsonst verbraucht worden sind, weil das Lebensmittel nicht gegessen, sondern weggeschmissen wird, eher kein Beitrag zum Umweltschutz ist (sind). Ich will nur das Projekt *Coating* nennen, also diese zweite Haut auf Lebensmitteln, die auf der einen Seite wirklich ein Schutz für das Lebensmittel darstellt, eine Verlängerung für (die Haltbarkeit) das (des) Lebensmittel(s) darstellt, gleichzeitig auch mitgegessen werden kann. (Von daher,) beide Ansätze, Umweltschutz und (auch) Lebensmittelschutz (zu vereinbaren,) sind in diesem Projekt (ganz) gut miteinander kombiniert. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Dankeschön. Dann kommen wir zur Kollegin Dr. Tackmann von der Fraktion DIE LINKE..



Abg. **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.): Nun haben wir ja jetzt denke ich schon relativ weit festgestellt, dass es auch um Machtverhältnisse geht innerhalb der Lieferkette, dass es also nicht nur um guten Willen oder Moral gehen kann, sondern tatsächlich da auch Grenzen gesetzt werden müssen. Deswegen meine Frage an Frau Dräger de Teran (WWF) und vielleicht auch an Herrn Kreutzberger. Sie sagen, dass trotzdem eine Kompetenz- und Koordinierungsstelle zur Lösung beitragen kann. Ich frage mich gerade, wie die denn dann in diese Machtverhältnisse eingreifen kann oder ob es nicht stärkere Mittel braucht, um die Macht auch vom Lebensmitteleinzelhandel (LEH) z. B. zu begrenzen.

Tanja Dräger de Teran (WWF): Vielen Dank für diese Frage. Es ist bestimmt nicht das all-einige Mittel, um hier die Machtverhältnisse auszubalancieren. Deswegen hatte ich vorhin auch betont, dass für uns die unfairen Handelspraktiken so elementar sind und wie sie in Deutschland umgesetzt werden oder auch das Lieferkettengesetz z. B.. Die Koordinierungsstelle ist vielmehr dazu da, (tatsächlich) mit den Unternehmen zusammen zu schauen, wie man Lebensmittelabfälle reduzieren kann, verbindliche Ziele eingeht, verbindliche Maßnahmen eingeht, die(se Unternehmen bei der Umsetzung) berät und umsetzt und (das Erreichte) eben auch in Form von Berichtspflichten darstellt. Wir sehen, dass (z. B.) in den Niederlanden oder in Großbritannien, dass die Unternehmen dort mit der Koordinierungsstelle sehr gut zusammenarbeiten und jährlich berichten. Man kann als Unternehmen gucken (sehen), wie stehe ich als Hotel im Vergleich zu den anderen Hotels da, wie stehe ich im Vergleich im (mit dem) Handel da oder mit den anderen Akteuren im Handelsbereich und es werden Berichte für die Öffentlichkeit aufbereitet. Und, was in den anderen Ländern (eben) auch (bemerkenswert) ist, es ist gefordert in diesen verbindlichen Vereinbarungen (wird gefordert), dass entlang der Lieferkette gearbeitet wird. Dass wirklich gemeinsam mit den Akteuren entlang der Lieferkette geschaut wird, wie kann ich Lebensmittelabfälle, Lebensmittelverluste vermeiden. Und dadurch, dass die Unternehmen öffentlich berichten - vorhin wurde schon erwähnt, in Großbritannien sind es mittlerweile 40 Unternehmen, die öffentlich berichten auch in Form von Zeitreihen - kann man (eben) viel mehr in der Öffentlichkeit diskutieren. Was wird gemacht, wie sieht das Engagement aus,

was wurde erreicht und wie wurden die Lieferanten mitgenommen. Und nochmal, betont wird hier die Wertschätzung für die gesamte Kette. Dass man nicht nur den Überfluss versucht, zu vermeiden am Ende der Kette, sondern wirklich von Beginn an zu schauen, ob die Kartoffelernte oder andere Ernten (optimal verwertet werden und), was (mache ich) aus den Produkten und wie kann ich die (gemacht wird.) Ernte optimal verwerten.

Der Vorsitzende: Dankeschön. Herr Kreutzberger.

Stefan Kreutzberger: Dass es Machtverhältnisse in der Lieferkette gibt und die ungleich verteilt sind, das ist, glaube ich, unstrittig. Ich hatte auch eingangs schon gesagt, dass ich den Lebensmittelhandel in einer ganz zentralen Rolle sehe. Ich vergleiche ihn immer mit einer Spinne, die im Netz sitzt und die Fäden zieht und sowohl bei den Bauern als auch beim Verbraucher sehr viel anrichten kann - im negativen wie im positiven Sinne. Von daher kann eine unabhängige Stelle nicht irgendwo angesiedelt sein, wie z. B. bei dem EHI Retail Institute (e. V.), was der Handel immer zitiert und beauftragt. Das geht gar nicht, sondern es muss tatsächlich unabhängig sein. Wie diese Koordinierungsstelle tatsächlich dann personell ausgestattet wird, wer sie trägt, das müsste diskutiert werden. Und das ist es eben, der öffentlich wichtige Diskussionsprozess darüber, Frau Dräger hat es gerade eben auch schon gesagt. Es müssen öffentliche Berichte her, es muss einsehbar sein, es muss für den Bürger nachvollziehbar sein, was überhaupt in dieser Lieferkette passiert. Warum schickt man nicht Schulen mal in die Industrie rein oder in den Handel, um zu zeigen, wie viel tatsächlich im Mülleimer landet? Und es muss ein System aufgebaut werden, wertzuschätzen, dass da wirklich Ressourcen reingesetzt werden - Arbeit, Boden, Energie, ich brauche sie nicht alle aufzuzählen. Die dann in der Mülltonne landen. Das geht nicht mehr. Und deswegen sind alternative Formen des Agrarhandels, der Agrarproduktion so wichtig, auch deutlich zu machen in der Öffentlichkeit. Ich meine jetzt hier, ich will es nicht weiter ausführen, vielleicht sagt dem einen oder anderen das Stichwort was, eine solidarische Landwirtschaft, die direkt zum Bauern geht, mit ihm zusammenarbeitet, ihm auch sicherstellt, dass seine Produktion auch abgenommen wird. Das gibt ein völlig anderes Verhältnis dazu. Diese solidarische Landwirtschaft gibt es seit vielen



Jahren und die zeigt, es fällt überhaupt kein Abfall mehr an, sowohl nicht beim Bauern als auch hinterher nicht beim Verbraucher. Das sind andere Modelle, die müssen von so einer Koordinierungsstelle auch transparent gemacht werden und auch koordiniert werden. Danke.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön. Ja, bitte.

Abg. **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.): Als Letztes würde ich nochmal Frau Syhre fragen. Wir haben ja gerade festgestellt, dass eigentlich Lebensmittelretter kriminalisiert werden, aber die, die Lebensmittelverschwendung verursachen, nicht kriminalisiert werden. Müssen wir das nicht umkehren? Müssen wir nicht die kriminalisieren, die die Verschwendung verursachen, und dafür die anderen entkriminalisieren?

Der **Vorsitzende**: Frau Syhre.

Joyce-Ann Syhre: Danke für die Frage und Zuspitzung. Ich würde da auf jeden Fall mitgehen. Ich finde, dass der Wegwerfstopp oder ein gesetzlicher Wegwerfstopp auf jeden Fall in die Richtung geht, also wirklich das ganze Ding mal umzudrehen und zu sagen: „Nein, es ist nicht okay, Lebensmittel wegzuschmeißen!“ und Vermeidung steht an erster Stelle. Und dagegen müssen wir alle vorgehen und das eben über diesen gesetzlichen Wegwerfstopp auch zu kriminalisieren.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Damit wechseln wir noch einmal zur Kollegin Künast.

Abg. **Renate Künast** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schön, finde ich eine witzige Idee. Ich weiß nicht, ob ich den anderen zusätzlich kriminalisieren würde oder das mindestens heißt, dass man Ende entkriminalisieren muss, weil dass der Anstifter strafrei ausgeht und Täter und Beihilfe am Ende in den Knast wandern sozusagen, muss da doch etwas Spaltungssirre sein, oder? Das würde ich auch bestätigen. Ich habe eine kurze Frage an Herrn Kreuzberger und dann noch einmal an Herrn Waskow (Vz NRW). Bezüglich dieser Debatte jetzt mit der Stelle, wie die Vertretung vom WWF gesagt wird. Ich finde das auf der einen Seite charmant, könnte mir vorstellen, das machen wir mit dem vzbv (Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.), hat schon die Basisstruktur oder soll auch nicht ein kleines

Institut sein, sondern soll auch *man-* und *womanpower* haben. Aber trotzdem frage ich nochmal: Ist nicht der Kern dann, dass man verpflichtend Transparenzberichte macht? Ich komme mir schon wieder so „gepuschelt“ vor in dem Freiwilligen und ein paar machen mit. Wenn dann, ich weiß nicht, wie Sie es finden, vzbv, gleich eine ordentliche Institution dahinter mit *manpower* und dann verpflichtend und standardisierte Berichte, weil wir haben oft Berichte, die nicht vergleichbar sind.

Stefan Kreuzberger: Richtig, sehe ich genauso. Da drückt sich ja jetzt in der gesamten Lieferkette jeder drum. Er will keine Verpflichtung machen. Es kommen schöne Selbstverpflichtungen. Der Handel hat jetzt bzw. 16 Handelsunternehmen haben letzte Woche eine Selbstverpflichtung rausgegeben für die nächsten zwei Jahre, einen Weg zu gehen und dann wirklich Zahlen und Maßnahmen auf den Tisch zu legen. Alles nett gemeint, schön geschrieben, aber absolut unverbindlich. Und das geht nicht mehr so weiter. Das muss festgelegt werden. Und diese Koordinierungsstelle bei so einem Institut (vzbv) angesetzt, finde ich vollkommen richtig. Dies muss auch vernünftig ausgestattet sein. Und dann läuft das mal in die richtige Richtung. Und dann schaffen wir (es) vielleicht bis zum Jahr 2030 tatsächlich die Halbierung. Also ich bin da optimistischer als Frank Waskow (Vz NRW), aber er hat ja das Wort jetzt.

Abg. **Renate Künast** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Herr Waskow (Vz NRW), ich wollte Ihnen noch eine Extrafrage geben. Und zwar, ich gucke immer nach Potenzial, wo denn das, weil gänzlich ohne Produktion, die vielleicht gerade keiner braucht oder zu brauchen scheint, kommt man vielleicht auch nicht aus. Potenzial Gemeinschaftsverpflegung. Ich kenne auch Leute, die ein Unternehmen aufmachen wollen, wo Sie nicht am Lebensmittelhandel, sondern ganz vorne in der Überproduktion große Mengen abnehmen und sagen, dann brauche ich aber auch große Abnehmer, z. B. gleich rein in die SOS-Kinderdörfer, rein ins Schulcatering. Warum soll nicht das Schulcatering, wenn irgendwo der Acker noch voller Kürbis liegt, Kürbis muss man nicht vergammeln lassen, den könnte man auch im Schulcatering oder sonstwie nutzen. Die versuchen aber auch mit der USt dann irgendwie klarzukommen. Ich hatte gehört, Sie hatten zu



den Sachen Gemeinschaftsverpflegung und Schulen und im ganzen Umfeld schon einmal überlegt, wo kann man da sparen und welche Modelle sind vielleicht möglich.

Der **Vorsitzende**: Herr Waskow (Vz NRW).

Frank Waskow (Vz NRW): Vielen Dank für die Fragen. Vielleicht noch einmal ein kleiner Blick auf Selbstverpflichtungen. Ich habe mir das noch mal dieser Tage angesehen. Wir haben ja die Diskussion um die Schlachthöfe, die Selbstverpflichtung seit fünf Jahren, keine Werkverträge in dem Bereich zu haben. 88 Betriebe, kaum einer hat es umgesetzt. Also das nur dazu. Und das ist ein hochbrisantes Thema. Ich sehe nicht, dass wir das im Thema Lebensmittelverschwendung in irgendeiner Weise hinkriegen auf Freiwilligkeit. Und man darf, glaube ich, nicht vergessen, dass auch ein Bedarf bei Unternehmen besteht. Wir haben nicht nur große Unternehmen, wir haben ganz, ganz viele klein- und mittelständische Unternehmen. Die brauchen Hilfen. Hilfen kosten Geld. Wie soll das funktionieren in Freiwilligkeit? Wir brauchen einen Fonds, sag ich mal, z. B. aus der Ernährungswirtschaft, die dafür sammelt, dass klein- und mittelständische Unternehmen beraten werden können bei ihren Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung. Da sind wir auch relativ schnell bei dem Thema, was Frau Künast angesprochen hat. Wenn man sich Kita- und Schulverpflegung anschaut, dann wissen wir ja heute, dass es in den wenigsten Fällen noch Schulküchen gibt, sondern da haben wir ganz oft *Caterer*, die das Mittagessen liefern. Und das sind in der Regel klein- und mittelständische *Caterer*. Es gibt auch ein paar große sicherlich. Um einfach mal was Positives auch in diesem Prozess zu sagen: diese Schulen, diese *Caterer* sind in der Lage, Abfälle mit Eigenmaßnahmen im Durchschnitt um 30 Prozent zu verringern. Das machen die mit einfachen alltagstauglichen Maßnahmen. Das haben wir erprobt in mehreren Projekten. Wir haben weit über 100 Einrichtungen beraten. Aber das Problem kommt ja am Ende des Tages. Wir wollen ja nicht bei 30 Prozent stehenbleiben. An dem Augenblick wird es total schwierig, weil wir brauchen im Grunde genommen Geld für Strukturen. Also ich sage mal, so etwas wie Verpflegungsbeauftragte, weil die Schulen oder die *Caterer* das aus eigener Kraft nicht schaffen. Wir brauchen abfallgerechte Ausschreibungen. Wer macht das? Wer berät das?

Wer bietet so einen Dienst an? Wir brauchen eigentlich das Thema in Aus-, Fort- und Weiterbildungen. Die Köche wissen nichts darüber. Das Ausgabepersonal weiß darüber nichts. Das Personal beim *Catering* ist eigentlich unbeleckt. In diesen Fällen, das gilt natürlich nicht nur in dem Bereich der außer Haus-Verpflegung, das gilt auch in vielen anderen Bereichen. Das ist, glaube ich, nicht zu Ende gedacht, dass wir noch ganz, ganz viel Geld und Strukturen auch in die Hand nehmen müssen. Das geht bei der ganzen Diskussion ein bisschen unter. Deswegen kann es gar nicht freiwillig sein, sondern wir müssen auch noch sehen, wie wir in diesem System Geld generieren, sei es aus der Wirtschaft oder aber auch über politische Maßnahmen. Danke.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir hätten noch ein paar Minuten für wichtige Nachfragen. Ich würde es einfach öffnen. Die Kollegin Dr. Tackmann hat sich schon gemeldet, die Frau Pahlmann, die Frau Bauer.

Abg. **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Max Moor hat mal ein Buch geschrieben mit der Überschrift „Was wir nicht haben, brauchen Sie nicht“ und es ist durchaus ein mir sehr sympathischer Gedanke, den kann man aber auch umdrehen, dass Vieles auch angeboten wird, was man eigentlich nicht braucht. Deswegen meine Frage an Herrn Waskow (Vz NRW). Was müssen wir denn tun, damit Verbraucher/innen auch die eine oder andere Strategie des LEH durchschauen, dass Sie z. B. auch ein bisschen manipuliert werden, dass Sie *getriggert* werden usw.? Weil das gehört ja auch mit zur Lebensmittelverschwendung und davon hat ja auch Herr Kreuzberger geschrieben in seiner Stellungnahme. Vielleicht kann er auch noch mehr dazu sagen.

Der **Vorsitzende**: Herr Waskow (Vz NRW).

Frank Waskow (Vz NRW): Aus unserer Sicht ist es vor allem Dingen, wenn man sich anschaut, wie Lebensmittelangebote Tag für Tag über Blättchen, über alle Werbekanäle sozusagen an den Verbraucher gebracht werden und hier im Grunde der Verbraucher gewöhnt ist, dass er jeden Tag günstige Produkte kaufen kann. Aber ich sehe keine Händler, ich sehe kaum Hersteller, die sich in diesen Qualitätswettbewerb begeben und sagen, unser Pro-



dukt ist zwar teurer, aber wir haben sehr viel bessere Qualität. Ich glaube, daran fehlt es, an einer Abkehr dieses ständigen Preiskampfes. Ich sage mal ganz ehrlich, die MwSt-Geschichte, die wir jetzt haben als Corona-Reaktion, trägt dazu bei, dass wir den Preiskampf noch weiter anheizen, glaube ich. Schauen Sie sich im Augenblick die Werbemaßnahmen der großen Handelskonzerne an. Und ich kann nur sagen, das war eine Fehlentscheidung aus dieser Sicht. Was war der zweite Teil noch einmal?

Abg. **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.): Das *Triggern*, dass also Verbraucher/innen das durchschauen.

Frank Waskow (Vz NRW): Das andere ist ja so ein bisschen, wie sind die Umstände. Sie kommen in den Supermarkt und sehen seit Jahren die schönsten Obst- und Gemüsesorten. Und daran werden natürlich Verbraucher auch gewöhnt. Und am Ende des Tages fragen sie die auch nach. Deswegen, ich finde es eine gute Aktion aus den Handelsunternehmen, Biohelden und solche Geschichten anzubieten. Nur, das Problem dabei ist, wir müssen langfristig dahin kommen, dass wir wieder naturnahe Sortierungen bekommen. Was nutzt es, wenn ich jetzt krumme Dinger kaufe? Die kaufe ich mal, ah super. Das machen aber nur relativ wenige Verbraucher. Wir brauchen das wieder als normales Angebot und nicht noch als zusätzliche Angebote, krumme Möhren und da noch was und dort noch was. Daran liegt auch so ein bisschen das Problem, dass die Lösungen immer sehr schnell gemacht sind, aber nicht systemisch angelegt sind. Danke.

Der **Vorsitzende**: Herr Kreutzberger, kurz.

Stefan Kreutzberger: Mich treibt dieses Thema Wertschätzung sehr um und wie mit Qualität überhaupt umgegangen wird. Was ist das eigentlich? Eine Qualität dadurch deutlich zu machen, dass in einem Edeka-Supermarkt der Verkäufer mit Glacéhandschuhen alle fünf Minuten über den Apfel streicht, um ihn glänzend zu machen, das kann nicht Qualität sein, sondern es muss deutlich gemacht werden, wie wird angebaut, wie wird produziert, welche Nährstoffe haben diese Lebensmittel. Und da ist es mir ganz wichtig, dass endlich mal eine Diskussion und eine Verbraucherinformation an dem Ort stattfindet, wo diese Lebensmittel und

der Verbraucher (mit) in Kontakt kommen, nämlich in den Supermärkten. Es gibt eine schöne Studie, schon älter, aus der Automobilindustrie. Wenn die Autos für den Verbraucher im Prinzip alle gleich sind - sie sehen gleich aus, sind (haben) die gleichen Werte - wird er sich immer für das entscheiden, was billiger ist. Weil das ist sein Argument, was er dann zieht. Wenn er aber informiert wird, was für unterschiedliche Qualitäten tatsächlich da sind, dann wird er sich auch für teurere Sachen entscheiden, d. h. wir brauchen eine Änderung des Verhaltens. Es geht nicht immer nur um billig, billig, billig, sondern es muss erkannt werden, wie aufwändig es ist, gute Lebensmittel zu produzieren. Und dann wird auch der Verbraucher sich für gute Sachen entscheiden. Und ihm ist auch mittlerweile klar, in der ganzen Klimadiskussion, dass man weniger kaufen, weniger konsumieren muss, insbesondere weniger Fleisch. Das ist übrigens eines der Hauptprobleme in der Lebensmittelverschwendung, nicht nur Brot und Salat, sondern die energieintensiven Lebensmittel. Und das ist der Fleischverbrauch, der enorm ist. Er muss runtergefahren werden um die Hälfte, sagt auch die Deutsche Gesellschaft für Ernährung. Und dann kann man tatsächlich mit dem gleichen Geld - man braucht nicht mehr ausgeben - sich besseres Fleisch kaufen und dann (sich) auch einen schönen Sonntagsbraten sich mal wieder machen und sich gönnen, so wie meine Mutter das auch immer gemacht hat. Das war nämlich auch nur einmal in der Woche.

Der **Vorsitzende**: Danke. Wenn sich jetzt alle kurz fassen, kriegen wir noch eine „Blitzrunde“ fertig. Kollegin Pahlmann.

Abg. **Ingrid Pahlmann** (CDU/CSU): Ich habe noch einmal eine Frage, weil wir durchaus differenzierte Meinungen haben zur Freiwilligkeit und gesetzlichen Vorgaben. Gute Erfahrungen sind angeblich in Großbritannien, in den Niederlanden und in Norwegen gemacht, auch Schweden, Dänemark und Belgien machen sich angeblich auf den Weg der Freiwilligkeit. Dem gegenüber steht Frankreich. Was spricht denn jetzt für die Freiwilligkeit? Welche Argumente? Vielleicht direkt an Sie Frau Dräger (de Teran - WWF), weil Sie das in Ihrem Exposé so ausgeführt haben, wenn Sie da kurz etwas zu sagen könnten.



Der **Vorsitzende**: Sie dürfen direkt starten.

Tanja Dräger de Teran (WWF): Das A und O ist tatsächlich, wie die Vereinbarungen aufgestellt sind, aber vor allen Dingen auch, wie sie umgesetzt werden. Und da komme ich wieder auf die Koordinierungsstelle. Die Unternehmen werden dort (wirklich) umfassend beraten. Es werden Berichte erstellt, es werden Reduktionserfolge dargestellt, es wird überprüft. Es wird (werden) auch (mit den) Unternehmen beraten, die es nicht schaffen. (Über die Koordinierungsstelle wird) Es ist eine viel größere Transparenz und eine viele größere Anstrengung vorhanden (erreicht.) von Seiten der (Die) Koordinierungsstelle (kann es schaffen), tatsächlich das Engagement zu entfachen innerhalb der Wirtschaft, und natürlich auch einen Wettbewerb zu erzeugen, der dadurch zu Stande kommt, wenn öffentlich berichtet wird. Tesco hat schon 2013 seine Daten offengelegt, hat damals viel auf den Deckel bekommen, aber mittlerweile berichten mehr und mehr Unternehmen in Großbritannien über ihre Maßnahmen und wie viele Lebensmittelabfälle sie reduziert haben. Es gilt (dabei), nicht einfach eine Vereinbarung virtuell in den Raum zu hängen, sondern die Unternehmen tatsächlich mitzunehmen, zu motivieren (und,) genau, (tatsächlich) Verbindlichkeiten (dahingehend) zu schaffen. (Und das hat) natürlich (haben) auch geholfen in diesen Ländern, Diskussionen zu größeren Verbindlichkeiten. Das muss man schon dazu sagen. Die Drohkulisse, dass sonst rechtlich verbindliche Regelungen kommen, hat schon auch dazu geführt, dass jetzt in Phase vier des *Courtauld Commitments* in Großbritannien tatsächlich gute, ambitionierte Vereinbarungen getroffen worden sind. Von daher hilft auch die Debatte um mehr Verbindlichkeit.

Der **Vorsitzende**: Die Frau Bauer hatte noch eine Frage.

Abg. **Nicole Bauer** (FDP): Mich würde interessieren - auf der einen Seite würde ich die Frage an den Herrn Dr. Schmidt stellen, aber auch an den Herrn Böttcher (BVLH) noch einmal -, inwiefern schätzen Sie denn die Dialogforen auf Bundesebene ein? Wir persönlich begrüßen ja die Freiwilligkeit und auch die daraus resultierende Selbstverpflichtung. Aber wie zielführend sind denn aktuell die Dialoge oder runde Tische? Sie werden oft angewendet. Aber

gibt es dabei vielleicht auch noch sinnvollere Instrumente, die man anwenden könnte, um zu einem Ergebnis zu kommen, als das Dialogforum oder wie müssten die Dialogforen aussehen? Und die zweite Frage ...

Der **Vorsitzende** (*unterbricht*): Eine wäre schon ganz gut, weil die Kollegin Künast kommt auch noch dran.

Abg. **Nicole Bauer** (FDP): Okay.

Der **Vorsitzende**: Danke, aber zwei Beantworter haben wir, den Dr. Schmidt und den Herrn Böttcher (BVLH).

Dr. Thomas Schmidt: Vielen Dank für die Frage. Ich bin intensiv eingebunden in das Handelsforum, weniger in das außer Haus-Verpflegungsforum. Beim Handelsforum haben wir vor einem guten halben Jahr angefangen. Und der Diskussionsstand wird immer intensiver. Das kann ich berichten. Weshalb ich eher zurückhaltend bin, was jetzt eine Verpflichtung anbelangt, da wir dadurch eine gewisse Kommunikationsstrategie abschneiden, die wir aber jetzt nicht nur für drei Jahre, sondern auch für die Zukunft voraussetzen. Damit wir hier Fortschritte erzielen, eben nicht nur im Handelssektor, sondern mit dem Handel zusammen im vorgelagerten Bereich und in Richtung Konsument.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Böttcher (BVLH).

Christian Böttcher (BVLH): (Kurz als Ergänzung.) Ich freue mich, dass ich (auch mal) als Handelsvertreter dazu etwas sagen darf (. Bisher wurde ja) und nicht nur immer (nur) über uns geredet wird. (Das wurde hier sehr oft, gestatten Sie mir diese kleine Bemerkung.) Also, das Forum ist aus unserer Sicht ganz wichtig, weil wir, wie Herr Dr. Schmidt es schon sagte, uns hier (wirklich) verpflichten, Datentransparenz herzustellen und zwar Datentransparenz, wie die Daten genutzt werden müssen, und zwar zum einen wegen der Berichterstattung, zum anderen aber auch, um den umweltpolitischen *Impact* zu messen. Das machen wir. Die Frage ist, ob wir dazu wirklich Unternehmensdaten veröffentlichen müssen. Wenn die Unternehmen wie in Großbritannien eine Kultur haben, wo sie das als Wettbewerb sehen, dann ist das völlig in Ordnung. Wenn wir in Deutschland aber eher Unternehmen



haben, die sagen, ich möchte dieses Betriebsgeheimnis aber gewahrt sehen, dann muss man das (durchaus auch) akzeptieren. Wir brauchen Daten, um klimapolitisch was zu machen und auch um Berichtspflichten zu erfüllen. Und da sind wir jetzt dabei, das wirklich intensiv zu erarbeiten. Und ich glaube, dass wir da auch auf einem guten Weg sind.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Dann haben wir noch die Frau Künast.

Abg. Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ohne, dass ich Sie persönlich meine, Herr (Dr.) Schmidt, dass Sie als Vertreter des Thünen-Instituts hier uns sagen, die Diskussion wird immer intensiver und wir sind auf einem guten Weg, glaube ich sofort, sehe ich Ihnen auch nach. Im nachgeordneten Bereich der Ministerin, was sonst. Ich möchte eine Frage an Frau Syhre stellen. Freiwilligkeit oder Regeln, aber ich sage es mal so, mir geht langsam aufs Gemüt diese ewige Debatte über Freiwilligkeit oder Verbote. Das ist sowas von 1871 oder so, *old fashioned*. Ich will damit eigentlich gar nichts zu tun haben. Die Frage ist heute, ob die Einzelnen in der Kette wirklich zu ihrem Geld kommen und ordentliche Betriebsergebnisse haben und die Frage ist die, die die jüngeren Leute stellen, ob nämlich in ihrer Zukunft Klima noch funktioniert. Wir erleben die Wetterextreme jetzt, wir haben das dritte Dürrejahr, wir haben überhaupt nichts zu verschenken und dieses dritte Dürrejahr ist das neue normal. Wir werden die ganze Landwirtschaft umbauen müssen, wir haben nichts zu verschenken. Wir müssen Humusaufbau machen und nicht Zeug in Massen mit Chemie produzieren und dann wegschmeißen. Ich habe neulich mit jungen Leute eine Diskussionsrunde gehabt digital, da sagte ein 19-jähriger, ich habe Weltschmerz. Das fand ich ein faszinierendes Wort. (*Der Vorsitzende versucht an das Stellen einer Frage zu erinnern.*) Das erzürnt mich, das kenne ich seit 20, 30 Jahren, das mit der Freiwilligkeit. *Sorry*, das musste mal raus. Und wenn junge Leute, 19-jährige sich engagieren, sagen ich habe Weltschmerz, weil, was ist meine Zukunft in 10, 20 Jahren, sage ich mal, ich habe das Gefühl wir lutschen hier am Daumen und denken, wir müssten nichts tun. Das stört mich. Ich möchte von Ihnen wissen, Frau Syhre, Freiwilligkeit, könnten wir mit Freiwilligkeit unsere Ziele erreichen, und zwar so, wie wir sie uns ursprünglich gesetzt haben, 2025 halbieren? Das ist die Frage. Und ich

lasse das Tesco Beispiel nicht gelten, die haben 2013, in meiner Ministerzeit war Tesco schon auf dem Weg. Wir sind aber 2020, bei uns ist die Zeit verschnarcht und verschlampt worden. Also ich kann ja nicht so tun, als habe ich mit Tesco 2008 oder 2010 angefangen.

Der Vorsitzende: Frau Syhre wird kurz antworten.

Joyce-Ann Syhre: Also meine Antwort ist, dass wir es mit Freiwilligkeit nicht erreichen, definitiv. Genau, Lebensmittelverschwendung ist ein systemimmanentes Problem des Ernährungssystems. Wir müssen einfach klare Grenzen setzen. Und die müssen so von allen Akteuren entlang der Wertschöpfungskette auch umgesetzt werden. Also ein klares Plädoyer dafür, dass wir aus den vergangenen acht Jahren, wurde jetzt hier gesagt, sozusagen lernen und mal einen anderen Weg einschlagen und das Thema wirklich angehen, denn gerade in Bezug auf Klimawandel oder, wie ich anfangs auch gesagt habe, andere globale Herausforderungen, die wir haben. Wir steuern ja auch auf zehn Milliarden (Mrd.) Menschen sozusagen zu. Es sind einfach enorme Landflächen, die wir verschwenden durch Lebensmittelverschwendung. Der Fleischkonsum spielt da natürlich auch rein. Aber wir müssen das Thema einfach konkret angehen und aus der Vergangenheit lernen. Danke.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, die Kollegin Schulte noch ganz kurz.

Abg. Ursula Schulte: Ich wollte eigentlich nicht mehr, aber jetzt haben Sie mich gereizt, weil das Thema Freiwilligkeit und Selbstverpflichtung und gesetzliche Regelungen doch jetzt eine große Rolle noch zum Schluss gespielt hat. Ich frage mal, ich habe Ihren Namen jetzt gerade nicht präsent, was für einen Zeitkorridor Sie sich da vorgestellt haben, bis es freiwillig umgesetzt ist. Ich habe nämlich genau wie Frau (Abg. Renate) Künast und Frau Syhre überhaupt gar keine Hoffnung mehr in dieses Thema Freiwilligkeit, weil es schon so schwierig ist, freiwillig die Daten zu erheben. Wir hatten Sie ja zu Gast, Herr (Dr.) Schmidt, und haben mit Ihnen darüber diskutiert und haben erfahren, wie schwierig es ist, überhaupt an Daten zu kommen. Also, es ist ein endloser Prozess, wo man auch mal die Geduld verlieren kann. Deswegen wirklich die Frage: haben Sie da irgendwie einen Zeitkorridor im



Kopf? Erreichen wir das bis 2025, bis 2030 die Halbierung auf Ihrem Weg? Ich glaube nicht. Ich glaube wirklich auch, dass Politik mal sagen muss, da geht es lang, das Ziel wollen wir erreichen und auf diesem Wege erreichen wir das. Aber wenn Sie mich eines Besseren belehren, umso besser.

Der **Vorsitzende**: Frau Dräger de Teran (WWF).

Tanja Dräger de Teran (WWF): Ich versuche es kurz zu fassen. Unser Zeithorizont, weil wir (das Projektteam) sind (ja) verantwortlich für das Dialogforum der außer Haus-Verpflegung, ist Mai nächsten Jahres. Bis dahin müssen wir eine Vereinbarung etabliert (haben) und gezeichnet haben. Bis dahin muss aber auch (für uns) etwas angedacht werden, wie (der Prozess) dann verstetigt wird. Weil unsere Teilnehmer erwarten schon (sich fragen werden), wenn sie die Vereinbarung unterzeichnen, was passiert dann. Wer nimmt mich an die Hand, wem übermittele ich die Daten, wie erfolgt das Datenmanagement, was wird wie veröffentlicht. Und diese übergeordnete Struktur ist eben noch nicht vorhanden. Und deswegen ist für uns die zentrale Frage: was passiert ab nächsten Jahr? Und der übergeordnete Rahmen ist der der (Europäischen) Kommission. 2022 wird die Kommission sich die Berichte aus den Mitgliedstaaten anschauen und 2023 wird es dann die Überlegung von Seiten der Kommission geben, rechtsverbindliche Zielvorgaben unionsweit (sozusagen) vorzugeben und einen Gesetzgebungsvorschlag in die Diskussion zu bringen. Von daher ist für mich schon die Frage, spätestens ab 2022 zu gucken (schauen), wie wirksam ist die Nationale Strategie, wie wirksam sind die Dialogforen und sich parallel bis zu dieser Zeit zu überlegen, welche rechtlich verbindlichen Ansätze gibt es denn in Deutschland. Wir haben dargelegt, warum wir (ein Gesetz wie in) Frankreich nicht (so) befürworten, dieses Gesetz. Aber es gibt (eben) für uns andere (Handlungsmöglichkeiten), wie das BImSchG, die wir favorisieren, (sag ich mal so).

Abg. **Renate Künast** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): *Sorry*, Frau Dräger (de Teran - WWF), das war nicht die Antwort. Die Frage war: legen Sie ein Konzept vor? Können doch nicht auf 2023 ...

Der **Vorsitzende**: Frau Künast, Sie waren gar nicht mehr dran. Jetzt sind wir am Ende einer hochinteressanten, spannenden Anhörung. Wir sind sicher nicht alle einer Meinung. Das ist ganz klar. Aber dafür ist so eine öffentliche Anhörung da. Ich danke allen, die dazu beigetragen haben, dass wir uns so konstruktiv ausgetauscht haben, denn die Kolleginnen und Kollegen, die anwesend waren und die Fragen gestellt haben, insbesondere aber Ihnen, den acht Sachverständigen, die sehr kompetent geantwortet haben. Freiwillig oder ordnungspolitisch, das ist noch eine offene Frage. Viele Dinge, die hier aber diskutiert worden sind, sind doch sehr übereinstimmend. Wir brauchen belastbare Daten über den tatsächlichen Lebensmittelüberschuss, wir müssen die Themen Nachfrage, Anbau und Abnahme besser und fairer regeln, müssen ggf. durchaus als Verbraucher auch mal in Kauf nehmen, dass ein Regal zum Abend leergekauft ist. Es gibt sicher noch offene Fragen bei dem Thema MHD, beim Thema Aufklärung und auch bei Haftung. Eine naturnahe Sortierung wurde angemahnt, andererseits aber auch, dem Verbraucher die Möglichkeit zu geben, Qualität direkt und besser erkennen zu können. Und Übereinstimmung gab es auch beim Thema mehr Wertschätzung für Lebensmittel, wäre sicherlich ganz angebracht. Ich bin dankbar, dass wir diese Anhörung gemacht haben. Wir haben daraus sicherlich Erkenntnisgewinn für unsere weitere parlamentarische Arbeit gewinnen können. Ich wünsche Ihnen allen als Sachverständige, dass Sie weiterhin in dem Sinne Lebensmittelverschwendung, Ernährung der Bevölkerung dran bleiben und bedanke mich herzlich und schließe damit sehr pünktlich unsere öffentliche Anhörung.

Schluss der Sitzung: 14:56 Uhr